

Heke zum Staatsstreich.

Man fordert Verhaftung der einzelstaatlichen Polizeiminister.

Hamburg, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Die „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichen einen Offenen Brief an den Reichszentralrat von Bapen, in dem dieser aufgefordert wird, die vollziehende Gewalt den militärischen Stellen zu übertragen und die Minister der rebellierenden Länder zu verhaften! Die entscheidenden Stellen des Offenen Briefes, dessen Forderungen wahrscheinlich ihren Ursprung nicht in der Redaktion der „Hamburger Nachrichten“ haben, lauten:

„Ganz außerordentlich bedenklich wird Sie, Herr Reichszentralrat, das Komplott stimmen, das anscheinend in den letzten Tagen in Berlin von dem geschäftsführenden preussischen Ministerpräsidenten angezettelt wurde. Wenn man die darüber erschienenen Meldungen in der Presse verfolgt, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß da in Berlin Dinge getrieben werden, die ein den gesetzlichen Tatbestand der Vorbereitung des Hochverrats sehr eng auslegender Staatsanwalt zum Anlaß nehmen könnte, von Amts wegen einzugreifen. Sollte dazu aber das Vorgehen der preussischen Regierung nicht ausreichen, dann steht zu hoffen, daß der Landtag von seinem Recht des Artikels 58 Absatz 1 der preussischen Verfassung Gebrauch macht und die Minister unter Anklage stellt.“

Für Sie, Herr Reichszentralrat, und die von Ihnen geführte Reichsregierung erhebt sich die Frage, wie lange Sie sich diesen offenen Widerstand gegen Ihre Maßnahmen gefallen lassen wollen. Vergessen Sie nicht, daß es sich hier um eine Machtsprobe handelt, aus der Sie unbedingt als erster Sieger hervorgehen müssen. Sie werden also, wenn die Länderregierungen unbeherrschbar sind, vom Verhandeln zum Handeln übergehen müssen. Die öffentliche Ruhe und Ordnung im Deutschen Reich ist erheblich gefährdet und Sie werden nicht mehr darum herumkommen, dem Herrn Reichspräsidenten nahezufragen, in den rebellierenden Ländern einen Reichskommissar einzusetzen, der die Bürgerschaft dafür bittet, daß der Wille der Reichsregierung zur Geltung kommt und die von den Länderregierungen in gleicher Weise wie von den Kommunisten gestörte öffentliche Ruhe und Ordnung wieder hergestellt wird. Die Autorität des Reiches darf nicht länger Spielball der Länder bleiben. Es scheint uns bereits für die Einziehung jülicher Reichskommissare zu spät zu sein. Die vollziehende Gewalt in den Ländern muß den militärischen Stellen übertragen werden. Eine andere Frage, die ernstlich zu erwägen wäre, ist, ob die Herren Reichskommissare ihre zweifellos segensreiche Tätigkeit nicht damit beginnen sollen, die Herren Minister der rebellierenden Länder zu verhaften. Es würde auf diese Weise am schnellsten die öffentliche Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.“

Die Grobchlächtigkeit, mit der hier die Wünsche der reaktionären Kreise vorgebracht werden, könnte zu der Annahme führen, als wenn es sich um nicht ernstzunehmendes Gerede handle. Eine solche Annahme aber erscheint uns im Hinblick auf die Vorgänge der letzten Zeit nicht angebracht. Es liegt vielmehr die Vermutung nahe, daß bestimmte Zirkel sich absichtlich eines außerhalb Berlins erscheinenden Blattes bedienen, um ihre Pläne in die Öffentlichkeit zu lancieren. An die Reichsregierung ist deshalb die Frage zu richten, was sie gegen die in diesem offenen Brief erhobene unerbittliche Aufforderung zum Staatsstreich und gegen die gegen die Länder ausgesprochenen unerhörten Verhöhnungen zu tun gedenkt, besonders nachdem die Reichsregierung in der Aufstellung an die Berliner „B.Z.“ am „Mittag“ zum Ausdruck gebracht hat, daß es in dieser Zeit, in der die für Deutschland lebenswichtigen außenpolitischen Verhandlungen ein Zurücktreten aller innerpolitischen Gegensätze fordern, besonders Pflicht der verantwortungsbewußten Presse sei, ihre Veröffentlichungen jeden sensationellen Charakters zu entkleiden, der unter Entstellung der Tatsachen zu einer Verschärfung der Gegensätze führen müßte.

Ergänzungsverordnung unterzeichnet.

Innenminister Gahl bei Hindenburg.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Reichsminister des Innern zum Vortrag über die schwebenden politischen Fragen. Nach der Besprechung unterzeichnete der Reichspräsident die angekündigte Ergänzungsverordnung zur Notverordnung vom 14. Juni, mit der Hitlers Privatarmee wieder offiziell gestattet wurde.

Drei Tote in Staffurt.

Schwere Unruhen bei einem Begräbnis.

Staffurt, 28. Juni.

Bei der Beerdigung eines Kommunisten, der am Freitag voriger Woche von einem Nationalsozialisten erschossen worden war, kam es heute mittag zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei.

Diese wollte einen nach Tausenden zählenden Demonstrationzug auflösen, wurde dabei aber von der Menge derart bedrängt, daß sie von der Waffe Gebrauch machte. Drei Demonstranten wurden getötet, sieben schwer und eine weitere Anzahl leichter verletzt.

Nur unter größter Mühe gelang es der Polizei, die aus Bernburg in Anhalt Verstärkung erhalten hatte, die Ruhe wiederherzustellen.

Straßenschlacht in Beuthen.

Beuthen, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Bei einem schweren Zusammenstoß wurden fünf Nationalsozialisten und ein Kommunist erheblich verletzt. Die streikenden Gruppen benutzten Dolche, Stabklingen und Knüttel. Die Ursache dieser Zusammenstöße liegt in der gesteigerten Erregung der Arbeiterbevölkerung über die frechen Provokationen der Hakenkreuzler, die nachweisbar die Absicht hatten, das Volkshaus zu stürmen. Der verletzte Kommunist Krahn, bei dem ein Dolch gefunden worden sein soll, ist als angeblicher Räubersführer verhaftet worden.

Unruhen in Wuppertal.

Wuppertal, 28. Juni.

Ein Zusammenstoß zwischen Polizeibeamten und Angehörigen einer kommunistischen Selbstschutzorganisation ereignete sich in der vergangenen Nacht in der Siedlung an der Holzstraße. Dabei wurden nach vorausgegangenem Kugelwechsel, bei dem jedoch niemand verletzt wurde, 6 Personen zwangsgewaltig, darunter eine Frau in Männerkleidung, mehrere Hieb- und Stichwaffen in deren Besitz die Festgenommenen betroffen worden waren, wurden beschlagnahmt.

Ein Todesopfer der Kölner Krawalle.

Köln, 28. Juni.

Der bei den Ausschreitungen am 19. Juni am Apostel-Markt durch einen Schuß verletzte 40jährige Kaufmann Kichne ist gestern im Bürgerhospital an einer Embolie gestorben.

Auch in Leipzig ein Todesopfer.

Leipzig, 28. Juni.

Wie das Polizeipräsidium zu den Vorgängen am Montagabend mitteilt, wurde durch einen Schuß ein 55jähriger Invalide in die Lunge getroffen. Er starb auf dem Transport ins Krankenhaus. 25 Personen wurden in Haft genommen und dem Polizeipräsidium zugeführt.

schlimmsten, wenn auch noch kein Zuchthausurteil gegen die Schuldigen gefällt wurde. Hier handelte es sich allerdings nicht um südlische Sklarets, sondern um gut christlich-evangelische und ebenso gut deutsch-nationale Größen, wie den langjährigen Abgeordneten und Vizepräsidenten des Reichstags, Justizrat Dietrich-Brenzlau, oder den deutsch-nationalen Landtagsabgeordneten Eggbrecht-Seelmann. Von ihren Taten weiß man im Lager der auf Korruptionsjude eingeschworenen „Reiniger des öffentlichen Lebens“ herzlich wenig zu sagen. Welch ein Geschrei wider moralischer Empörung würde sich dort erheben, wenn etwa ein republikanischer Gesinnung Verdächtiger ihm anvertraute fremde Gelder in einem — Massagesalon verlieren würde! Im Falle Dietrich-Brenzlau aber schweigt die deutsch-nationale Moral in allen Sprachen der Erde!

Oder — um ein anderes zu erwähnen — wie steht es mit dem Skandal um die allerchristlichsten Pastoren und Missionare, die im Sumpf der Devaheime stecken geblieben sind? Wo war „das System“, das solche Blüten gezeitigt hätte? Von den großen Korruptionsaffären der Kriegs- und Nachkriegszeit ganz zu schweigen.

Der „Fall Sklarek“ ist mit all seinen Begleitumständen nichts anderes gewesen, als zahlreiche „Fälle“ ähnlicher Art, die man zu allen Zeiten und in allen „Systemen“ schon erlebt hat. Ein Skandal liegt aber vor, nicht allein, was die jetzt Beurteilten betrifft, sondern auch in bezug auf die planmäßige Vergiftung der öffentlichen Meinung, die in ihrem Gefolge schritt.

Man kann nicht über die Einzelheiten des Urteils sprechen, ohne daran zu denken, daß es nur möglich wurde durch die Vorteile „des Systems“, das die öffentliche Aufdeckung gesellschaftlicher Schäden jederzeit ermöglicht. Im „System“ der Monarchie wurden wirkliche Skandale, die bis in die höchsten Gesellschaftskreise reichten, gesellschaftlich unterdrückt. Sozialdemokratische Redakteure, die solche Dinge der Öffentlichkeit übergaben, wurden eingesperrt. In den „Systemen“ der Diktatur ist es nicht besser, sondern meist schlimmer. In der vielgescholtenen Demokratie aber ist es möglich, wirkliche Schädlinge jederzeit anzuprangern — sofern nicht Notverordnungen mit Presseverboten drohen — und wirkliche Schäden durch öffentliche Kritik zu beseitigen. Daß das im Fall Sklarek gelang, ist ein Zeichen für das demokratische System. Es wird seine Stärke beweisen, wenn es alle ähnliche Skandale ausgemerzt und beseitigt haben wird.

Nazis schüken Papen.

Eine interessante Abstimmung im Sachsenland.

Dresden, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Der Sächsische Landtag nahm am Dienstag nach teilweise sehr stürmischer Aussprache in namentlicher Abstimmung mit 44 Stimmen der SPD. und der KPD. gegen 27 Stimmen der meisten bürgerlichen Parteien bei einigen Stimmenthaltungen einen Antrag an, in dem die Regierung beauftragt wird, der Reichsregierung gegenüber das schärfste Mißtrauen des Sächsischen Landtages zu bekunden. Die Nationalsozialisten hatten sich vor der Abstimmung rückernt und demaskierten sich dadurch wieder einmal.

Einmütig angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, bei der Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Notverordnung der Regierung von Papen schärfsten Einspruch zu erheben, mit dem besonderen Ziel, die Kürzung der Unterstützungsfähigkeit bei der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge rückgängig zu machen und alle Maßnahmen, die eine Belastung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden. Ferner soll sich die Regierung mit allen Mitteln einer weiteren Herabsetzung der Fürsorgefähigkeit widersetzen.

Sachsens Not und Adelsregierung.

Dresden, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Der Rechnungsausschuß des Sächsischen Landtages lehnte am Dienstag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, KPD. und Staatspartei einen zwischen Regierung und evangelischer Kirche abgeschlossenen Vergleich über die Staatsleistungen an die evangelisch-lutherische Landeskirche als zu ungünstig für den Staat ab.

Im Haushaltsausschuß A des Landtages erklärte der Innen- und Arbeitsminister Richter bei der Beratung des Wohlfahrtsausstattungsplanes, die Reichsnotverordnung vom 15. Juni sei für Sachsen eine katastrophale Maßnahme. Die Kürzung der Sozialrenten werde den Zustand an Unterstützung der Bezirksfürsorgeverbände beträchtlich erhöhen, so daß lediglich eine Verschiebung der Lasten eintrete. Allein bei der Landesversicherungsanstalt rechne man mit einer Minderausgabe für Renten von etwa 20 Millionen. Die Reichsnotverordnung habe die Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen zum großen Teil sogar unter die Sähe der Wohlfahrtsunterstützung herabgesetzt. Die sächsischen Rückschlüsse für die Wohlfahrtsfürsorge verträgen keinerlei Senkung mehr. Andererseits komme auch keine Steigerung in Frage. Die sächsische Regierung habe neuerdings eine Länderbesprechung im Reichsarbeitsministerium über diese Frage angeregt, um das Schlimmste abzuwenden.

Schließlich teilte der sächsische Innenminister noch mit, daß das Reich entgegen früheren Jahren für Schulkinderispektion keine Mittel mehr zur Verfügung stelle.

Deutscher Dolmetscher in Genf gestorben

Dr. Norden Opfer eines Unfalls.

Zus Genf wird gemeldet:

Das Mitglied der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz, Dr. Fritz Norden, der am Sonntag auf einem Spaziergang von einem Motorradfahrer angefahren wurde, ist gestern seinen schweren Verletzungen erlegen.

Dr. Norden, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, arbeitete seit sechs Jahren als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt und hat fast an sämtlichen Konferenzen der Nachkriegszeit als Dolmetscher der Reichsregierung mitgemittelt.

Er war ein hervorragender Jurist, als der beste deutsche Kenner des französischen und namentlich des belgischen Rechts allgemein anerkannt. Als Sohn deutscher Eltern war er in Belgien aufgewachsen, daher seine besonderen Sprach- und Spezialkenntnisse.



Grüßt jeden,

der die drei Pfeile der Eisernen Front trägt, mit dem Grusse aller Freiheitsfreunde! Grüßt ihn mit dem Zeichen der

erhobenen Faust

und mit dem Kampfruf der Republikaner:

„FREIHEIT!“

Massenkundgebung in Breslau.

Löbe und Hoegner sprechen vor Fünftehtausend.

Breslau, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Die Riesenkundgebungen der Eisernen Front in Breslau steigern sich in ihrer Wucht. Als am Dienstagabend Paul Löbe und Staatsanwalt Dr. Hoegner-München im Messehof sprachen, waren etwa 15.000 Menschen anwesend. Der Terror der Bürgerkriegstruppen des Fememörders Heines hat also eritreulicherweise inzwischen weitere Tausende von Bewohnern der schlesischen Hauptstadt zur politischen Befinnung gebracht.

Genosse Dr. Hoegner kennzeichnete das Kabinett von Papen als den Versuch, der durch das Volksurteil vom 9. November 1918 aus ihrer Macht gejagten preussischen Adelslaste, dem ihnen verhassten Volkshaat und der von ihm aufgebauten Sozialpolitik den Garau zu machen. Die Herren in der Wilhelmstraße würden jedoch sehr bald bemerken, daß der deutsche Arbeiter nicht das Bastard sei, dem man alles aufbürden könne. Zum Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung erklärte Genosse Dr. Hoegner unter tosendem Beifall, daß die Drohungen des Reichsinnenministers den Bayern nicht im geringsten imponieren könnten. Man würde den Reichskommissar gern nach München kommen lassen, wenn er etwa das Schußplattieren und Schnadahüpfeln erlernen wolle. Man werde ihm aber, falls er verfassungsmäßige Rechte antasten würde, zeigen, wo der bayerische Zimmermann das Loch gelassen habe. Die

bayerische Sozialdemokratie beabsichtige, die Münchener Regierung so lange zu unterstützen, wie sie die Weimarer Verfassung achte und treu zum Reich stehe.

Genosse Paul Löbe, von der Breslauer Arbeiterschaft jubelnd begrüßt, betonte, die Zeit der bloßen Verteidigung sei vorbei, es gelte jetzt, den Gegner in die Zangen der Eisernen Front zu nehmen. Genosse Löbe schloß: So lange noch ein einziger Reichsbannermann die gebaute Faust zum Himmel redet, ist die deutsche Freiheit nicht verloren!

Unmittelbar nach der Kundgebung der Eisernen Front im Messehof wurde am Dienstagabend gegen 22 Uhr in den Anlagen an der Bahbrücke in Breslau ein Reichsbannermann von drei Männern, deren politische Zugehörigkeit noch nicht ermittelt werden konnte, überfallen. Der Reichsbannerkamerad erhielt während der sich entspinneuden Schlägerei einen Stich in die Hand. Zehn Personen wurden festgenommen.

Bauernaufuhr bei Versteigerung.

Sturm auf Rathaus. — Fünf Schußverletzte.

Porzheim, 28. Juni.

Zu einem regelrechten Bauernaufuhr kam es im Laufe des Montag in der Gemeinde Göbriken, als bei einem Landwirt eine Zwangsversteigerung vorgenommen werden sollte. Da die auf mehrere hundert angemessene Menge gegen den Gerichtsvollzieher eine drohende Haltung einnahm, wurde das Porzheimer Ueberfallkommando herbeigerufen, das den Landwirt, dessen Sohn und einige Demonstranten verhaftete.

Auf das Gerücht hin, daß die Verhafteten nach Porzheim gebracht werden sollten, rotteten sich gegen Abend große Menschenmengen vor dem Rathaus zusammen und versuchten, das Gebäude zu stürmen. Ein um 6 Uhr eintreffender Bereitschaftswagen der Porzheimer Polizei wurde mit Steinen und Holzstücken beworfen. Es kam zu einem regelrechten Sturm auf das Rathausgebäude, wobei die Fensterscheiben von der Schußwaffe zertrümmert wurden. Die Polizei war gegen die Menge machtlos und mußte wieder zurückgezogen werden.

Ein um 10 Uhr abends eintreffendes starkes Schusspolizei-aufgebot wurde am Ortseingang, der von den Dorfbewohnern verbarrikadiert worden war, mit einem Hagel von Steinen und Brettern empfangen. Pflöckchen fielen auch Schüsse. Die Beamten machten gleichfalls von der Schußwaffe Gebrauch, wobei ein Landwirt und vier weitere Personen, darunter eine ältere Frau, verwundet wurden. Auch mehrere Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe verletzt. Schließlich konnte die Polizei die Straße räumen, worauf die Beamten die Verhafteten mitnahmen und in rascher Fahrt das Dorf verließen.

Zanbagen demonstriert.

Propaganda gegen Versailles?

Wer am Dienstag abend gegen 7 1/2 Uhr an der Ecke Unter den Linden und Friedrichstraße stand, und es waren, wie immer an dieser Stelle und um diese Zeit, zahlreiche Ausländer im Publikum, der wurde Zeuge beschämender Vorgänge, die sich im Anschluß an die nationalsozialistische Luftgarden-Demonstration gegen Versailles abspielten.

Eine mehrtausendköpfige Menge von meist jugendlichen Demonstranten, nur zum geringen Teil Studenten, größtenteils ausgesprochen nationalsozialistischer Zanghagel, viele davon in Notverordnungsjacken und mit Brauten, durchbrach gröhnd und johlend die Banneile und versuchte, gegen den Pariser Platz vorzubringen. Ihre Absicht war anscheinend, vor der französischen Botschaft zu randallieren. Die zunächst überrumpelten Polizeiketten mußten erstliche hundert Demonstranten über die Friedrichstraße hinaus vordringen lassen und vermochten erst nach und nach die Linden abzuriegeln und zu säubern.

Besonders venitente Krakeeler, die der Polizei Widerstand leisteten, machten mit dem Gummiknüppel Bekanntschaft, mehrere wurden verhaftet und von ihren Gefinnungsgenossen beim Abtransport nach dem Alexanderplatz mit dem Hitler-Gruß stürmisch gefeiert. Die angebliche Propagandatombgebung gegen Versailles artete schließlich in einer demütigen Auflehnung gegen das Banneilengeseh und in einer niedrigen antisemitischen Kadabuhege aus.

Heute wird die gesamte Rechtspreffe Entrüstung darüber martieren, daß die Polizei gegen das „nationale“ Berlin mit dem Gummiknüppel vorgegangen ist. Hätten Kommunisten in ähnlicher Zahl und mit gleicher Kadaluft die Banneile durchbrochen, dann würden die gleichen Blätter bemängeln, daß zur Wahrung der Staatsautorität nicht einfach in die Menge hineingeschossen worden sei.

Mit dem Kampf gegen das Friedensdiktat von Versailles haben solche Vorgänge, bei denen lumpenproletarische Elemente tonangebend sind, die noch vor Jahresfrist „Rot Front!“ hochleben ließen und jetzt „heil Hitler!“ gröhlen, nicht das mindeste zu tun. Sie wirken auf jeden anständigen Menschen, und wohl nicht zuletzt auf die zahlreichen ausländischen Zeugen, nur ekelerregend und bestimmt nicht im Sinne einer Unterstützung der deutschen Revisionsbestrebungen.

Wir hätten nur gewünscht, daß Herr von Gani selber Zeuge dieser Vorgänge gewesen wäre. Dann würde auch er zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß die nationalsozialistische Bewegung auf die von ihren Führern so oft beschworene Legalität pfeift und daß die übelsten Elemente, in Uniformen gekleidet und auf die Straße losgelassen, es fertig bringen, sogar nationale Belange durch ihr Auftreten zu kompromittieren.

Daß auf der eigentlichen Kundgebung der Nationalsozialist Alfred Rosenberg das große Wort führen und in seiner Rede über den toten Hermann Müller verächtlich sprechen durfte, paßt sehr gut zum übrigen Bild. Er meinte, daß die Unterzeichner des Vertrages von der politischen Bühne hätten verschwinden müssen, statt dessen sei einer später noch zum Reichszkanzler ernannt worden.

Wer ist der Landesverräter, der ihr dazu ernannt hat? Hieß der nicht Reichspräsident von Hindenburg?

Herr von Gani kann auf seine Schlingel stolz sein. Heute soll die neue Notverordnung erscheinen, die die süddeutschen Länder zwingen soll, die Nationalsozialisten in Uniform demonstrieren zu lassen. Die Szenen von gestern abend waren das würdige Vorbild dazu. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter zu vielen Hunderttausenden im Lustgarten demonstrieren, dann achten sie die Befehle, achten sie die Bedingungen, unter denen ihre Demonstration zugelassen worden ist. Wenn aber ein paar tausend nationalsozialistische Schreihälse die Erlaubnis zu einer Kundgebung erhalten, dann mißbrauchen sie diese Erlaubnis sofort zu einer Durchbrechung der gesetzlichen Bestimmungen und zur Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Für diese Elemente setzt sich die Reichsregierung ein. Diese Elemente unterstützt sie im Kampfe gegen die Polizeigewalt der Länder!

Sbardolottos Bomben.

Larchianis flares Alibi.

Cocarno, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Die Hauptausbeute der Prozesse vor dem Ausnahmegericht in Rom ist diesmal nicht Hinrichtung und Zuchthaus, sondern die angebliche Ueberführung der Verantwortlichkeiten der antisozialistischen Konzentration, zu Bombenattentaten angestiftet zu haben. Der Anarchist Sbardolotto, der erschossen worden ist, ohne eine Zeile hinterlassen und ein Wort mit einem Menschen gewechselt zu haben, hat vor Gericht ausgefragt, er hätte die Bomben am 4. November in Paris dem Rechtsanwalt Larchiani, früheren ersten politischen Redakteur des Mailänder „Corriere della Sera“, am Bahnhof zurückgegeben. Es liegt uns fern, dem Mann, der sterben mußte, ohne ein Wort sagen zu können über das, was in der geheimen Voruntersuchung geschehen ist, den Vorwurf der Blüge zu machen; man mag ihm Bilder gezeigt haben, durch die er den Mann der Bomben als Larchiani identifizierte, oder man mag ihm anderes angetan haben, was jedes Denken und Identifizieren aufhebt. Sicher ist, daß seine Aussage falsch ist. Larchiani selbst schreibt uns darüber wie folgt:

„Den Prozessberichten der faschistischen Zeitungen mit den angeblichen Enthüllungen Sbardolottos bin ich in der Lage, ein unwiderlegbares Alibi entgegenzusetzen, soweit mein Name genannt wird.“

In der Voruntersuchung und während der Hauptverhandlung hat Sbardolotto erklärt, er hätte am 4. November 1931 auf der Gare du Nord in Paris mir die von Rom zurückgebrachten Bomben übergeben. Die Zeitungen bringen eine halbe Spalte über die Einzelheiten dieser Uebergabe. Ich bin nun in der Lage, durch Zeugen und durch tägliche Briefe mit den Poststempeln zu beweisen, daß ich vom 28. Oktober bis zum 27. November 1931 beständig in Deutschland war (Frankfurt, Berlin, Nürnberg, München und dann im Gefängnis in Konstanz), um den zweiten Flug Baffanesis vorzubereiten.

Wie kann man also behaupten, daß Sbardolotto mir durch Cantarelli nach Paris hätte schreiben lassen und mich am 4. November auf dem Pariser Nordbahnhof getroffen hätte?

Es liegt auf der Hand, daß ich nicht allen angeblichen Enthüllungen aus Rom, die sich auf unbewiesene Behauptungen stützen, ein solches sachlich dokumentiertes Dementi entgegenstellen kann. Aber was bleibt von der Konstruktion der faschistischen Polizei und des Ausnahmegerichts übrig, wenn sich ein so grundlegender Umstand durch ein derart unumstößliches Alibi umstoßen läßt?

gez. Alberto Larchiani.“

Geschichte eines Dompteurs.



„Ich lasse euch jetzt aus dem Käfig, meine Tiere, aber natürlich erwarte ich, daß ihr euch ganz gefittet und dressiert benehmen werdet.“



„Herr Dompteur, sperren Sie diese Bestien wieder ein! Sehen Sie nicht, wie sie die Menschen anfallen.“
„Noch halte ich den Zeitpunkt nicht für gekommen.“

Etat vor dem Reichsrat.

Bekündung durch Notverordnung. — Brecht antwortet Herriot.

Der Reichsrat erledigte in seiner Plenarsitzung am Mittwoch den Reichshaushaltsplan für 1932. Generalberichterstatter Ministerialdirektor Dr. Brecht wies darauf hin, daß der Fehlbetrag aller Vorjahre jetzt mit insgesamt 1600 Millionen Mark in einer Summe ausgewiesen werde. Diese Entwicklung der Fehlbeträge brauche in einer solchen Krisenzeit nicht zu erschrecken, falls für die Zukunft eine gesunde Entwicklung gesichert wäre. Das sei aber leider trotz aller Ersparnismaßnahmen noch nicht der Fall.

Die fundierte Reichsschuld habe am 31. März 1932 10,4 Milliarden Mark betragen einschließlich der 257 Millionen Schatzanweisungen für die Sanierung der Banken. Das sei trotzdem nur 33 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Hinzu kämen noch rund 1,7 Milliarden schwebende Schulden, so daß die Reichsschulden zusammen 12,1 Milliarden Mark betragen hätten.

Weiters große Schulden in Milliardenhöhe habe das Reich außerdem an die Länder, namentlich infolge der Uebernahme der Eisenbahnen. Bei der schweren Lage der von den Reichern entböhnten Länder hätten die Reichsratsausschüsse in das Haushaltsgesetz die Bestimmung gebracht, daß 70 Millionen Mark Vorzugsanleihen auf die Uebertragung der Eisenbahnen zu entböhrenden Ländern verteilt werden sollten. Die vom Reich übernommenen Bürgschaften belaufen sich auf 1,5 Milliarden Mark oder rund 880 Millionen mehr als im Oktober 1930. Die Vermehrung entsaffe mit rund 350 Millionen auf die Bankengarantien, 375 Millionen auf Exportgarantien, insbesondere Rußlandgeschäfte, und 100 Millionen auf Umschuldungsgarantien. Die tatsächliche Inanspruchnahme aus den Bürgschaften habe seit 1927 insgesamt 73 Millionen betragen, davon 30 Millionen für Wirtzschilde und 15 Millionen für Roggenstützungsläufe; sie sei für Exportkredite nur geringfügig gewesen.

Der Generalberichterstatter flocht dann namens des Reichsrates eine Antwort an den französischen Ministerpräsidenten Herriot mit folgenden Worten ein: Im Ausland begegnet man oft der Vorstellung, die auch in Lausanne bereiten Ausordak gefunden hat, daß unsere inneren Schulden, weil sie erheblich geringer seien als die Englands und Frankreichs, uns eine Vorzugsstellung im internationalen Wettbewerb einräumen könnten. Das ist leider ein Irrtum. Unsere inneren Kriegs- und Vorkriegsschulden waren ebenso hoch oder höher als die Englands und Frankreichs.

Weit mehr als 100 Milliarden Goldmark solcher Schulden sind durch die Inflation und minimale Aufwertung niedergeklagen worden.

Glaubt denn irgend jemand in der Welt, daß ein Staat oder Volk durch einen solchen Vorgang den lieben Gott um die Kriegskosten betragen könnte? Dadurch ist zwar das Reich als Schuldner entlastet, aber in genau demselben Maße die Bevölkerung finanziell verarmt. Diese Verarmung geht leider noch erheblich über die unmittelbare finanzielle Wirkung hinaus, weil sie andere Werte mitgerissen hat. Denn alle großen Objekte, die keinen internationalen Markt haben, namentlich Grundstücke, sind infolge der Verarmung und Kapitalnot nur noch zu geringen Preisen veräußert, also entwertet. Ein beträchtlicher Teil der Zinslast kehrt außerdem in Form gesteigerter Wohlstandslasten wieder. In Deutschland ist daher vielfach die umgekehrte Ansicht verbreitet, daß wir bessere Wettbewerber wären, wenn wir unsere inneren Schulden weniger rücksichtslos gestrichen hätten.

Anschließend erörtert Dr. Brecht dann den Umfang der Ersparnisse im Etat. Nur der kleinere Teil von den Ersparnissen entfalle auf die Reparationen. Auch ohne Reparationen würden die Ausgaben 1932 gegen 1930 und 1928 noch um 20 Proz. zugenommen. Die gesamten Nettoausgaben des Reiches umfassen 1932 rund 8,173 Milliarden, von denen 1,870 Milliarden auf die Ausgaben für die Liquidation des Krieges entfielen, weitere 1,847 Milliarden verteilten sich auf den Schuldendienst und die Ausgaben der Finanzverwaltung einschließlich der Verlosgung, wobei die letzteren Ausgaben mit 405 Millionen eingestuft seien. Für Reich und Länder verblieben danach 4,956 Milliarden. Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden seien in Höhe von 2,961 Milliarden vorgesehen, einschließlich 632 Millionen für Wohlfahrtsbehörden. 1930 wurden nach 3,246 Milliarden, 1928 sogar 3,623 Milliarden an die Länder und Gemeinden überwiesen.

Für die engeren Sachaufgaben des Reiches verblieben mithin 1,995 Milliarden. Damit bleibe dem Reich für seine engeren Ausgaben zusammen weniger als Frankreich, England oder Amerika jedes allein für ihre Wehrmacht ausgeben.

Wesentlich schlimmer hätten sich nach die Einnahmen der Länder und Gemeinden entwickelt. Die Steuerüberweisungen des Reichs an Preußen seien beispielsweise für 1932 gegen 1930 und 1928 um fast 40 Proz. gesunken. Entsprechend

liege es bei allen Ländern. Der Reichsrat sei nicht in der Lage gewesen, über die Bestimmungen zur Gestaltung der Einnahmen zu beschließen, weil bereits erlassene Ausnahmeverordnungen vorlagen. Die Steuererhöhungen des Reiches bei der Umsatzsteuer seien für die letzten 300 Millionen äußerst zweifelhaft; auch bei der Lohnsteuer und anderen verdienten die Schätzungen ein Fragezeichen.

Angesichts der entscheidenden Rolle, die im Gesamtbilde der öffentlichen Finanzen die Unterstützung der Arbeitslosen spiele, habe Preußen folgenden Antrag gestellt:

„Durch Senkung der Unterhaltungsätze kann eine entscheidende Verminderung dieser hohen Ausgaben nicht erzielt werden, ganz abgesehen von der Frage, ob die bisher verordneten Herabsetzungen erträglich sind. Die Reichsregierung wird daher ersucht: 1. umgehend die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit durch Kürzung der Arbeitszeit unter Aufsicht der Arbeitsämter auf die dadurch freierwerdenden Arbeitsplätze herbeizuführen und dabei die erforderlichen Ausnahmen besonderen Richtlinien und im einzelnen Falle der örtlichen Stelle vorzubehalten; 2. die dadurch freierwerdenden Mittel zur zusätzlichen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auf dem Gebiete der Siedlung, zur Rückgangsmachung besonders harter Kürzungen und zur Senkung von überhöhten Abgaben zu verwenden, soweit der Ausgleich des Haushalts dies zuläßt.“

Die Aussprache konnte mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht zu einem Ergebnis geführt werden. Preußen habe sich daher damit begnügt, den Antrag als Material zu überreichen.

Für die Hilfe führte der Generalberichterstatter aus, daß die Reichsregierung geglaubt habe, die Vorschriften des Disziplinargesetzes nicht durchführen zu können. Die Reichsratsausschüsse hätten beschlossen, die Anläufe für die Disziplinierung um 12 Millionen, für Lastenerleichterung und Frachterleichterung um je eine Million, für sonstige Maßnahmen um je drei Millionen, ferner für den Westfonds um zwei Millionen zu erhöhen.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Jordan gab darauf namens der Reichsregierung folgende Erklärung ab: Der Etat war zum größten Teil von der früheren Reichsregierung dem Reichsrat zugeleitet worden. Die jetzige Reichsregierung hat die wenigen Einzelteile, die noch fehlten, darunter insbesondere den der allgemeinen Finanzverwaltung unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni nachgereicht. Sie dankt dem Reichsrat für die schnelle Verabschiedung des Etats.

Da die bisherige vorläufige Regelung am 30. Juni abläuft und eine Verabschiedung durch den neuen Reichstag erst in Monaten möglich wäre, wird ihn die Reichsregierung vorbeschäftigt der Feststellung als Gesetz jetzt als Plan durch Notverordnung in Kraft setzen.

Dabei behält sie sich die Stellungnahme zu den einzelnen im Reichsrat beschlossenen Änderungen vor, wird aber, soweit es möglich ist, den Wünschen des Reichsrats Rechnung tragen. Mit dem Etat sind die Arbeiten, die die frühere Reichsregierung eingeleitet und die jetzige Regierung zur Aufrechterhaltung einer geordneten Finanz- und Wirtschaft durchzuführen hatte, im wesentlichen zum Abschluß gebracht worden. Die Reichsregierung wird sich nunmehr den organisatorischen Aufgaben, die sie sich gestellt hat, und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuwenden. Sobald die deutsche Delegation aus Lausanne zurückgekehrt ist, wird die Reichsregierung in entscheidende Beratungen über die gesamte Materie, die während der vergangenen vierzehn Tage bereits in Angriff genommen worden ist, eintreten und die entsprechenden Maßnahmen bekanntgeben.

Da aus der Mitte des Reichsrats keinerlei Wortmeldungen vorlagen, wurde der Reichsetat ohne weitere Abstimmung als vom Reichsrat angenommen festgestellt.

Wahlkampf in Mecklenburg.

Sozialdemokratischer Bürgermeister wiedergewählt.

Malschow i. M., 27. Juni. (Eigenbericht.)

Am Sonntag wurde der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Ellinger mit 1141 Stimmen wiedergewählt; auf den Kommunisten entfielen 321 und auf den Nazi, dessen Kandidatur übrigens für ungültig erklärt worden war, 969 Stimmen.

Bei den Amtswahlen in Mecklenburg-Strelitz ist gegen die jüngste Landtagswahl die Wahlbeteiligung von 87 auf 57 Proz. zurückgegangen. Die Deutschnationalen aber vertoren im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen durchweg über die Hälfte ihrer Stimmen, und davon nur einen Teil an die Nazis.

Nazi-Mob gegen Polizei.

Radaustudenten versuchen Bannmeile zu durchbrechen

Im Lustgarten fand gestern am späten Nachmittag eine Kundgebung studentischer Korporationen gegen den Versailler Vertrag statt, die durch den Aufmarsch der Hittlerischen SA. genügend gekennzeichnet war. An dieser Versammlung beteiligten sich auch die Sudetendeutschen und ähnliche Verbände. Während die Kundgebung selbst bis auf einige belanglose Zwischenfälle ziemlich ruhig verlief, zeigten sich die nationalsozialistischen Radaustudenten und ihr Anhang wieder einmal von ihrer „besten Seite“.

Es war angeordnet worden, daß nach dem Aufmarsch der studentischen Gruppen der Zug am Platz der Oper aufgelöst werden sollte. Die Menge kümmerte sich um die polizeilichen Anordnungen, offenbar noch aufgewiegelt durch verantwortungslose Elemente, überhaupt nicht. Ein größerer Demonstrationzug drang gegen die Linden vor und durchbrach die Bannmeile. Der Polizeifordon wurde von den Krakeelern überrannt. In wenigen Minuten waren jedoch Verstärkungen zur Stelle und Schupo-Beamte mit Karabinern sorgten in kurzer Zeit dafür, daß die nationalsozialistischen Radaustudenten das Weite suchten. Die größten Schreier waren pöflich verschunden und die Zone innerhalb des verletzten Bannkreises war sehr schnell studentisch und nazirein!

Wieder einmal haben sich die Radaustudenten und ihr SA.-Anhang schwere Uebertretungen gegen Schupo-Beamte zuschulden kommen lassen.

Mit Stöcken schlugen die meist jugendlichen Studierenden Rummels, für deren Studium das Volk durch seine Steuern Hunderttausende aufbringen muß und unter denen sich bestimmt viele befinden, die später einmal als Richter und Staatsanwälte die Autorität des Staats zu wahren haben, auf die Beamten ein. Leider konnte in dem herrschenden Durcheinander nur ein Stoßschläger, der einen Schupo-Beamten durch einen Hieb über den Kopf erheblich verletzt hatte, festgenommen werden. Eine Reihe von Nädel- und Aufwiegler wurden zwangsgestellt und der Politischen Polizei übergeben. Uniformierte Nationalsozialisten machten immer wieder den Versuch, sich zu sammeln. Von neuem ging die Polizei gegen sie vor, immer wieder trat der Gummitrüffel in Aktion, weil vielfach Widerstand geleistet wurde, und so kam es in der zu dieser Zeit ohnehin stark belebten Gegend der Innenstadt zu

langandauernden Krawallen und Ruhestörungen.

Die Hakenkreuzler, die erst langsam vom Bahnhof Friedrichstraße nach der Weidendammbrücke zu abgedrängt werden konnten, begrüßten die auf den Polizeifordern abgeführten Zwangsgestellten mit lauten Heulrufen und als Ausdruck ihrer besonderen akademischen Bildung die Polizeibeamten mit wüstem Geschrei und Geschimpfe. Allmählich glich die ganze Gegend in der Umgebung der Kreuzung der Linden- und Friedrichstraße einem Heerlager der Polizei, die angesichts der sich immer wieder erneuernden Demonstrationserfolge

in der Bannmeile, zu der auch die Friedrichstraße gehört, entsprechende Vorkehrungen traf. Im großen und ganzen war durch das energische Eingreifen der Polizei die Ruhe bald wiederhergestellt.

Wie uns aus studentischen Kreisen mitgeteilt wird, drang ein Teil der Demonstranten, zum großen Teil Personen, die keine Ausnahme hatten, sogar in die Universität ein. „Rache“-Schreie ertönten. Man scheint für heute allerhand in der Universität vorzugehen. Die Provokationen des nationalsozialistischen Mobs fanden kühnste Ablehnung durch die republikanische, disziplinierte Studentenschaft.

Sie haufen wie die Wilden.

Naziroheit am Planufer.

Wie sehr sich das Treiben der losgelassenen SA. in Berlin zu einer schlechtin unerträglichen Plage auswächst, beweist neben vielen anderen Meldungen ein Vorgang, der uns aus dem Bezirk Kreuzberg berichtet wird.

Ein älterer Arbeiter hatte vor einem Lokal einen Wortwechsel. Plötzlich stürmten aus der gegenüberliegenden Verkehrsmeile der SA. Planufer 26, ein Nazimann, der in der Gegend bereits seit längerer Zeit als Raufbold bekannt ist, auf den Arbeiter und schlug ihm mit beiden Fäusten ins Gesicht. Anwohner, die auf die Straße gekommen waren, gaben ihrer Empörung Ausdruck. Einige von ihnen, darunter sogar Frauen, griffen ein, um den Nationalsozialisten, der wie wild auf den älteren Mann einschlug, zu beruhigen. Sofort stürzte sich der Komdy auf die Frauen und Männer. Erst das alarmierte Ueberfallkommando konnte Ordnung schaffen und den Mann festnehmen. In der Gegend ist die Enttäuschung über das gefährliche Treiben allgemein.

Wie lange noch SA.-Terror in Steglitz?

Schon seit Tagen treiben die braunen Horden Hittlers in Steglitz einen kaum mehr zu überbietenden Straßenterror. Seit an der Ecke Albrecht- und Heesestraße vor etwa vier Wochen eine „Deutsche Eisdielen“ ihr Lokal eröffnet hat, ist diese Ecke der allabendlichen Treffpunkt der SA.-Terror- und Schlägerkolonnen. Die Braunbenden treiben sich dort auf der Straße herum, und sehr häufig kommt es zu bösen Zwischenfällen. Diese „Eisdielen“ ist zweifellos häufig der Ausgangspunkt der nationalsozialistischen „Expeditionen“ mit Dolch und Pistole auf gegnerische Restaurants und harmlose Passanten, wie die Vorfälle der letzten drei Nächte bewiesen haben. Auf Grund zuverlässiger Beobachtungen ist festgestellt worden, daß in dieser „Deutschen Eisdielen“ Trupps von 20 bis 40 Mann zusammenkommen und dann plötzlich möglichst unauffällig abrücken. Energisches polizeiliches Durchgreifen würde wahrscheinlich sehr bald Ruhe und Ordnung stiften.

mußten die Feuerwehrleute die Rauchhelme aufsetzen. Einige Leute wurden wegen Rauchvergiftung fortgetragen. Der Zuschauerraum und das Bühnenhaus des Theaters blieben von dem Feuer unberührt.

Die Hauptgefahr bestand darin, daß der Brand auf die Restaurationsräume übergreifen würde, vor Brandschaden konnten diese zwar bewahrt werden, doch haben sie durch Wasser stark gelitten.

Ueber die Entstehungsurache läßt sich noch nichts Genaues sagen.

Unwetter über Rumänien.

40 Menschen ums Leben gekommen

Bukarest, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Die seit Sonntag ununterbrochen über ganz Rumänien niedergehenden Unwetter haben weite Teile des Landes, besonders Bessarabien, die Bukowina und Moldau, überschwemmt. Alarmierende Gerüchte kommen aus dem nördlichen Teil der Provinz Moldau, der völlig unter Wasser steht und von der Umwelt isoliert ist. Wegen der ständig steigenden Fluten der Flüsse Moldau und Siret, die über die Ufer getreten sind, mußten die Stadt Roman und die umliegenden Dörfer geräumt werden. Tausende von Familien sind obdachlos und haufen in Zeltlagern, die vom Militär aufgeschlagen wurden.

Die einlaufenden Berichte melden unbeschreibliche Szenen der Verzweiflung. Die Zahl der Menschenopfer wächst ständig. Bisher dürften über 40 Personen ums Leben gekommen sein. In dem Dorfe Blagesti wurden ganze Familien von den einfließenden Häufen erschlagen. Die Saaten in den überschwemmten Gebieten sind vollständig vernichtet. Infolge des Hochwassers sind die meisten Eisenbahnlinien, darunter auch die über die Bukowina laufenden Fernzüge nach dem Westen, außer Verkehr gesetzt. Die vielfach wolkenbruchartigen Regengüsse dauern an.

Raubüberfall auf Woermann-Kasse.

Räuber mit 50 000 Mark Beute entkommen.

Hamburg, 28. Juni.

Auf das in der Reichenstraße belegene Verwaltungsgebäude der Woermann-Linie wurde in der Mittagsstunde ein verwegener Raubüberfall verübt. In den Kassenraum, in dem sich vor dem Schalter nur eine einzelne Dame aufhielt, drangen drei Banditen mit vorgehaltenen Revolvern ein und erprekten von dem überraschten Kassierer die gesamten für die Lohnzahlung bestimmten Gelder, etwa 50 000 M. Die Räuber bestiegen dann ein vor der Tür haltendes Auto und entkamen unentdeckt.

Schiffsunglück im Kanal.

Unterseeboot rammt Vergnügungsdampfer.

London, 28. Juni.

Der englische Vergnügungsdampfer „Premier“, der 200 Reisende an Bord hatte, wurde im Kanal von dem englischen Unterseeboot „Rainbow“ gerammt. Während die „Rainbow“ nur leicht beschädigt wurde, erhielt die „Premier“ ein großes Leck direkt über der Wasserlinie, so daß sofort Wasser in den Schiffskörper einströmte. Offiziere und Besatzung konnten jedoch eine Panik verhindern. Das Unterseeboot nahm die Frauen und Kinder auf, während die Männer von Admiralschiffen an Bord genommen wurden. Innerhalb kurzer Zeit war das Rettungswert durchgeführt. Der Vergnügungsdampfer wurde abgeschleppt.

Rentenfürzung bereits am 29. Juni.

Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums teilt mit:

Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 ruht mit Wirkung vom 1. Juli 1932 an monatlich bei den Invalidenrenten der Betrag von 6 M., bei den Witwen- und Waisenrenten der Betrag von 5 M., bei den Waisenrenten der Betrag von 4 M. für jede Waise. Die Postanstalten müssen daher die Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten bereits bei der Zahlung am 29. Juni um die genannten Beträge kürzen. Die Zahlbeamten sind verpflichtet, die Rentenempfangscheine auf den gekürzten Betrag abzuändern, wenn dies nicht schon durch den Rentenempfänger geschehen ist.

Haftbefehl gegen Matthe.

Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium hat gegen den Bauunternehmer Matthe aus Marzahn wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges Haftbefehl erlassen. Matthe war, wie mitgeteilt, unter dem Verdacht, seine zwei Wirtschafterinnen nacheinander im Laufe dieses Jahres durch Veronal vergiftet zu haben, festgenommen worden. Dieser Verdacht erwies sich aber als unbegründet. Dagegen konnte im Laufe der Untersuchung gegen Matthe festgestellt werden, daß er in seiner beruflichen Eigenschaft sich mehrfach der Urkundenfälschung schuldig gemacht hat.

Sind Juden vogelfrei?

Zurchtbare Folgen der nationalsozialistischen Mordhege.

Das Landgericht I fällt am Dienstagnachmittag das Urteil gegen den 17jährigen Jepernid und den 22jährigen Rühlow, die angeklagt waren, am 2. Februar d. J. am Joutagehändler Meyerhardt einen Raubmord begangen zu haben. Beide wurden wegen gemeinschaftlichen Totschlages in Tateinheit mit versuchtem schweren Raub und gemeinschaftlicher Unterschlagung verurteilt, und zwar der jugendliche Jepernid zu 6 Jahren 1 Monat Gefängnis, und Rühlow zu 12 Jahren 1 Monat Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren.

Zwei junge Menschenleben haben sich durch ihre Tat selbst ruiniert. Die schweren Strafen sollen eine Sühne sein für das von ihnen vernichtete Leben. Was aber diese Bluttat aus der Zahl vieler ähnlichen, die man in der letzten Zeit erlebt hat, ganz besonders heraushebt, ist, daß sie der nationalsozialistischen Ideologie entsprungen, daß sie mit die Folge der hemmunglosen Judenhege darstellt, die tagen, tagaus auf die Hirne der jugendlichen Anhänger der Nazi und der SA. ihre verheerende Wirkung ausübt.

Sowohl Jepernid als auch Rühlow gehörten früher dem Bismarckbund an, der eine als Bannerträger, der andere als Kameradschaftsführer; beide schlugen sich später zu den Nazis. Jepernid war auch zeitweilig in der SA. Rühlow interessierte sich fanatisch für Politik, erschien in der Fortbildungsschule mit dem Hakenkreuz geschmückt, und man war gezwungen, gegen ihn disziplinarisch vorzugehen. Vor Gericht sagten beide, in Tränen aufgelöst: „Wir dachten uns, Meyerhardt ist ein Jude, er saugt die Arbeiter aus, ihm kann man Geld wegnehmen. Dem sollte man was zeigen. Und für die plötzliche Ernüchterung, Angesichts zu Angesicht mit dem Opfer, hatte Rühlow folgende Erklärung: Wir verloren plötzlich den Mut und die Nerven, wir hatten uns gedacht, wir würden einen Mann mit einer Hakennase vor uns

sehen, ein geiziges Gesicht. Statt dessen sahen wir ein gutes Gesicht. Deshalb rief ich: „Das ist er nicht!“

Das ist also die Vorstellung, die diese sonst wahrscheinlich nicht schlimmen jungen Burschen durch die Schuld der menschenfeindlichen nationalsozialistischen Pressehege von ihren jüdischen Volksgenossen haben; sie glauben, daß Juden gegenüber alles erlaubt ist, selbst Raub und Totschlag. Von den Kurfürstendammkrawallen zu den Bluttaten in der Misastraße führt eine gerade Linie...

Brand im Opernhaus Hannover.

Nach zwei Stunden gelöscht. — Großer Sachschaden.

Hannover, 28. Juni.

Aus bisher noch unbekannter Ursache brach heute nachmittag in der Herrengarderobe des Städtischen Opernhauses ein Brand aus, der sich rasch ausbreitete und den südlichen Teil des Gebäudes in mächtige Rauchwolken hüllte. Die sofort alarmierte Feuerwehr machte sich mit einem großen Aufgebot an die Bekämpfung des Brandes.

Der Brand konnte dank dem tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehr bereits nach verhältnismäßig kurzer Zeit, in insgesamt zwei Stunden, gelöscht werden. In den im Zwischenstod des Südflügels gelegenen Garderobenräumen für die Künstler war, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, ein Feuer entstanden, das in den dort lagernden Magazinegegenständen, Girlanden usw., reiche Nahrung fand. Die sofort verständigte Feuerwehr war in wenigen Minuten an Ort und Stelle und griff den Brand mit mehreren Motorspritzen und zahlreichen Schlauchleitungen an, so daß es in kurzer Zeit gelang, den Brandherd abzuriegeln und die Flammen zu ersticken. Es wurden große Wassermengen in die Räume geworfen, wodurch die weitere Ausbreitung des Feuers verhindert wurde. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen; es handelt sich zumeist um Wasserfäden. Wegen der ungeheuren Qualentwicklung



Vorsicht: Zufall?

Erfolge sind nie dem Zufall zu verdanken, sondern dem Können und der Leistung.

Darum der überraschende Erfolg der neuen „Gold Saba“

nach dem alten Original-Rezept.



Deutschnationale schimpfen.

Und Nazis blamieren sich im Stadtparlament.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich weiter mit dem Haushaltsplan für 1932. Die einzelnen Fraktionen nutzten dabei den ihnen verbliebenen Rest der Redezeit weitlich aus, so daß um 10 Uhr noch kein Ende der Sitzung abzusehen war.

Der Kommunist Roenen forderte den Magistrat auf, so zu schreiben, wie es die Großkapitalisten tun, dann würde die Stadt Berlin von der Reichsregierung hinsichtlich der finanziellen Zuweisungen auch besser bedacht werden. Aber das könne der Magistrat nicht, weil er der typische Vertreter des Großkapitals sei. Das Leitungsprogramm der freien Gewerkschaften bezeichnete der Redner als Zukunftsdemagogie, die an die der Nationalsozialisten heranreiche.

Der Deutschnational von Ledlin sprach von dem „Wahn der Kollektivierung und der Sozialisierung, der die Stadt Berlin erfaßt“ hätte und der alle Mittel, der Not zu begegnen, unwirksam mache, erging sich in Schimpfereien auf die bürgerliche Linke und die Sozialdemokratie. Die Deutschnationalen lehnten deshalb jede Verantwortung für den Etat ab. Stadtverordneter Künzler (D.Vp.) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu der Ermächtigungsvorlage für den Magistrat. Stadtverordneter Schubert (Staatspartei) erklärte, daß er dem Magistrat nicht den Vorwurf machen könne, an der finanziellen Not der Stadt Schuld zu haben. Im Gegenteil müsse man dem Oberbürgermeister zuerkennen, daß er zeitig genug auf die Gefahren, in der sich die Stadt Berlin in finanzieller Hinsicht befindet, aufmerksam gemacht hat. Die Staatspartei werde für die Ermächtigungsvorlage stimmen, weil sie zu dem Magistrat das Vertrauen haben, daß er im Sinne der Vorlage wirtschaften wird. Die Staatspartei werde für die Ermächtigungsvorlage stimmen, weil sie zu dem Magistrat das Vertrauen haben, daß er im Sinne der Vorlage wirtschaften wird.

Den Deutschnationalen machte Schubert den Vorwurf, daß sie oft genug mit den Kommunisten zusammen abgestimmt und dadurch vieles, was der Magistrat und die postho arbeitenden Stadtverordnetenfraktionen aufbauten, wieder zu Fall gebracht hätten.

Schließlich sprachen noch der Stadtverordnete Lippert für die Nationalsozialisten, der jede Verantwortung seiner Partei für die Regierung Papen ablehnte, was stürmische Heiterkeit hervorrief.

Oberbürgermeister Sahm verteidigte den Magistrat, indem er erklärte, daß die Vorstellungen bei der Reichsregierung nicht nur Scheinopposition gemessen sei. Das Reich hätte jetzt endlich anerkannt, daß die Sorge um die städtischen Finanzen auch die Sorge der Reichsregierung sein müßte. Von einem diktatorischen Vorgehen des Magistrats bis zur endgültigen Verabschiedung des Haushaltsplanes könne keine Rede sein. Der Magistrat trete im Gegenteil nach wie vor für die Erhaltung der Selbstverwaltung ein.

In der fortgesetzten Debatte sprachen dann Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein Nazi namens Ratschke sprach über Kulturfragen, wie er sie versteht und meinte, die Nationalsozialisten seien keine Kunstkenner; deswegen hätten sie das Recht, festzustellen, daß an der Städtischen Oper eine jüdisch-marxistische Tendenz vorherrsche (Stürmische Heiterkeit). Ein neuer Dirigent an der Städtischen Oper habe gelegentlich einer Aufführung ein Tempo vorgelegt, das man nur als jüdische Hast bezeichnen könne (Erneute Heiterkeit). Im Dritten Reich wäre es für immer vorbei mit der jüdischen Kunst.

Der nachfolgende nationalsozialistische Redner brachte es dann fertig, so provozierende Ausführungen zu machen, daß der Vorsitzende Hof die Sitzung auf kurze Zeit vertagen mußte.

Er gab folgendes von sich, was wieder einmal große Heiterkeit erregte: „Die Forderung nach durchgreifendem Schutz gegen Gasangriffe schließt nicht das Eintreten der Nationalsozialisten für die Erwerbslosen aus.“ Nach der Rede des Deutschnationalen Krüger vertagte der Vorsitzende die weitere Beratung auf Donnerstag.

Das Reichskommissariat für die Osthilfe hat seine Diensträume vom Hause Wilhelmstraße 77 heute nach dem Hause Wilhelmstraße 62 (Berlin W. 8) verlegt. Fernsprecher: Jäger A 1 0017. Die Räume des Reichskommissariats im Hause Wilhelmstraße 61a verbleiben zunächst dort.



Oskar Wöhler
Hans Hus.
Der letzte Tag

Der Grimmstein hat die Arbeit fein eingefädelt, obwohl sie sein erster Einbruch ist und gar nicht rittermäßig. Diesmal geht es um keine bürgermeisterlichen Schindeln, die er klauen will; diesmal geht es um die in der städtischen Pfandleihe liegenden Barren Goldes und Silbers, um das Münzblech, und vor allem um die mit lötlischen Steinen geschmückten Reichsleimöden, die der ewig geldbedürftige König vor einigen Wochen den Konstanzern verlehrt hat. Für eine solche Beute lohnt es schon, bis an den Bauch durch die faulen, stinkigen Schlammwässer des Stadtgrabens zu waten, auf allen Bieren durch den Unflat der Ehgräben zu kriechen. Vom Strauchdieb zum Hausdieb ist nur ein Schritt, wenn auch in den Augen ehrenfester Leute kein kleiner. Ritter Jörg hat ihn gelassen getan, ohne die geringste Spur von Gewissensbissen. Ein armer Teufel, und wenn er zehnmal ritterbürtig ist, kann sich moralische Anwandlungen nicht leisten. Die sind gut für solche, die so viel besitzen, daß sich ihre Moral auch auszahlt. Ein zahlgreffener Habichts bagegen, der gezwungen ist, von der Hand in den Mund zu leben, der nimmt, wo es glimmt! Kann's der vom End bei den Konstanzern Pfefferfäden finden, dann zugegriffen, zehnmal für einmal! Diese städtischen Gewissensverroper, diese Schurken und Halunken, haben es ihrerseits auch nur Bauern und Ritzern abbetrogen. Ihnen das ihre wozunehmen, ist also kein Diebstahl, sondern einfach Selbsthilfe, ein Akt des Ausgleichs. Zudem: die Güter der Welt stehen nur den Herren zu; nirgendwo in Gottes Wort ist auch nur eine Silbe von Zinsfressern und Bürgern zu lesen. Der Grimmstein Burgpfaffe hat ihm das mehr als hundertmal unter Herbetung salbungsvoller lateinischer Sprüche versichert. Ritter Jörg verstand sie zwar nicht; dennoch klangen sie jeinem Ohre gut.

Doch trotz genügend ethischer Untermauerung seines Vor-

Rundfunk gegen die Verfassung.

Die Tagung des Arbeiter-Radio-Bundes.

Die veränderte politische Situation verpflichtet die Sozialdemokratie, den Kampf um den Rundfunk noch energischer zu führen als bisher.

Auf der Reichstagung des Arbeiter-Radio-Bundes wurde nach den Referaten der Genossen Baake und Falkenberg die beweislose Behauptung der gegenwärtigen Reichsregierung widerlegt, daß „das marxistisch-athetische Denken die Volkskultur zerse“. In diesem Zusammenhang steht auch die im Reichsrat abgegebene Erklärung des jetzigen Reichsministers des Innern, in der Herr v. Gapsl „die Betonung und Pflege deutschen Geistes und die Ausmerzung alles un-deutschen, fremden Einflusses im Rundfunk“ ankündigte. Die Konferenz war sich einig, daß hinter den Absichten des Ministers, deren Verwirklichung bereits versucht wird, nichts weiter steht als

der Wunsch, zugunsten der Nationalsozialisten jeden fortschrittlichen Geist, besonders aber die Kulturarbeit der freien Arbeiterbewegung, auch im Rundfunk unmöglich zu machen.

Die Arbeiterkassen sind jedoch nicht gesonnen, sich als Rundfunkhörer minderen Rechtes behandeln zu lassen. Die Tagung stellt deshalb mit aller Entschiedenheit die Forderung einer wirklichen Ueberparteilichkeit des Rundfunks erneut und ruft alle freigeistlich gesinnten Volkströffe, vor allem die sozialistische Bevölkerung, auf zum Kampf für gleiches Recht im Rundfunk. In diesem Kulturkampf ist die Zusammenfassung aller fortschrittlichen Kräfte des Volkes in der Hörerfront des Arbeiter-Radio-Bundes dringend notwendig. In einer besonderen Entschliebung protestierte die Reichstagung „aufs schärfste gegen die Verhinderung einer bereits genehmigten Feiertunde des Deutschen Freidenkerverbandes im Berliner Rundfunk durch den Einspruch des Reichsministeriums des Innern. Sie fordert die Aufhebung des gegen den Deutschen Freidenkerverband gerichteten Erlasses, der über den Kopf der Länderregierungen hinweg vom Reichsministerium des Innern herausgegeben wurde und

alle Veranstaltungen des Deutschen Freidenkerverbandes im Rundfunk verbietet.

Diese Ausnahmebehandlung der freigeistigen Kräfte steht im Widerspruch zur Reichsverfassung und zu den im Rundfunk geltenden Bestimmungen. Da die Kirche im Rundfunk ihre Anschauungen in welchem Ausmaße vertreten kann, muß das gleiche Recht auch für den Deutschen Freidenkerverband und der ihm nahestehenden Hörertröffe Geltung haben.

Reichstagsabgeordneter Genosse Herz, Mitglied des Postverwaltungsrats, berichtete über die Organisation des Rundfunks und über die Gebühren, die es einem großen Teil der Bevölkerung unmöglich machen, an den Empfangsdarbietungen teilzunehmen.

Wieder ging ein treuer Kämpfer dahin.

Die 3. Abteilung der Berliner Sozialdemokratie hat einen alten treuen Kämpfer verloren. Der Genosse Karl Buchmann, der in wenigen Monaten das achtzigste Lebensjahr vollendet hätte, ist unerwartet vom Tode dahingerafft worden. Er war einer von den alten Garde. Unter dem Sozialistengesetz hat er als Vertrauensmann in der Raunigstraße für die Sozialdemokratie gewirkt und ist durch manche Hausdurchsuchung schikaniert worden. Lange Zeit war er Weltungseiler. Der Fahne der Sozialdemokratie hat er stets die Treue bewahrt. Für die freie Hilfsklasse der Drehsler war er jahrelang als Kassierer tätig. Nichts konnte den Genossen Buchmann in seinem Vertrauen zu unserer Sache wankend machen. Unerschütterliches Pflichtbewußtsein war sein Lebensinhalt. Die kühle Ruhe, mit der er alles beurteilte, bewahrte ihn vor allen Schwankungen. Trotz seines hohen Alters gab es keine Abteilungsverammlung, in der er nicht zugegen gewesen wäre. An allem politischen Geschehen nahm er bis zuletzt lebhaften Anteil. Ihm nachstreben muß unser aller Wille sein.

Die Einäscherung findet Mittwoch, den 29. Juli, im Krematorium Gerichtsstraße um 17 Uhr statt.

Von den Vertretern der Wirtschaft wurde bisher eine allgemeine Senkung der Gebühren unmöglich gemacht; aber auch

Nationalsozialisten und Kommunisten verhinderten eine Senkung der Gebühren im Rahmen der Ueberhörschüsse,

die bisher der Reichspost zustießen. Erreichen ließ sich dagegen die Gebührenbefreiung für eine bestimmte Kategorie erwerbsloser Hörer. Ein erst kürzlich gleichfalls vom Genossen Herz gestellter Antrag will erreichen, daß alle Erwerbslosen, die infolge der Notverordnung auf Grund der Bedürftigkeitsprüfung Unterstützung beziehen, von den Gebühren befreit werden. Der Arbeiter-Radio-Bund hält es, da der Rundfunk mehr und mehr das einzige Kulturmittel der verarmten Bevölkerung wird, für seine Pflicht, darauf hinzuwirken, daß die Ueberhörschüsse aus den Rundfunkgebühren zu möglichst weitgehender Gebührenbefreiung verwendet werden. Die Reichstagung fordert deshalb, daß der Erlass der Rundfunkgebühren auf alle Notleidenden ausgedehnt wird. Zu diesen Notleidenden gehören alle Arbeitslosen, alle Wohlfahrtsempfänger, alle Sozialrentner und alle anderen Kreise. Außerdem ist eine allmähliche Herabsetzung der allgemeinen Gebühren anzustreben, sofern die Ueberhörschüsse das zulassen und die Leistungen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Am Schluß der Tagung, deren Vertraulichkeit nur zum Teil aufgehoben wurde, nahmen die Delegierten die „Richtlinien der Freien Funkzentrale und des Arbeiter-Radio-Bundes“ an, die für die Rundfunkarbeit aller sozialistischen Verbände maßgeblich sein wird, da in der Freien Funkzentrale neben Partei, Gewerkschaften und Arbeiter-Radio-Bund alle Kulturorganisationen vertreten sind. Die „Richtlinien“ treten u. a. ein für eine partiatische Berücksichtigung aller politischen Bewegungen im Rundfunkprogramm, für stärkste Rücksichtnahme auf die geistigen Interessen der werktätigen Bevölkerung, für Aktualisierung der Programme im Sinne der Weimarer Verfassung als dem Grundgesetz des Reiches und der Länder.

Durch die Zulassung der politischen Auseinandersetzungen ist eine reifliche Zusammenfassung aller Arbeiterorganisationen zu gemeinsamer Rundfunkarbeit, Aktivierung der Hörer, Bildung von Hörergemeinschaften, Stärkung des Arbeiter-Radio-Bundes und verstärkte Propaganda für den „Volkfunk“ notwendig.

Der als vorzüglich ausgestattete Funkzeitschrift von allen Republikanern gelesen wurde auch der zweite Bundesvorsitzende, Wilhelm Hoffmann, schloß die Tagung des Arbeiter-Radio-Bundes, die auch für den Rundfunk von einschneidender Bedeutung wird, mit einem Freiheitsruf für die Eiserne Front der werktätigen und republikanischen Rundfunkhörer.

Kagenschuß und Bogelschuß.

Sonnabend, 2., und Sonntag, 3. Juli, findet im Berliner Zoo zum ersten Male in Berlin eine Ausstellung „Kagenschuß und Bogelschuß“ statt. Diese Ausstellung, auf der die schönsten Kagen zu sehen sein werden, steht im Zeichen der Aufklärung und will dazu beitragen, eine der brennendsten Fragen des Tierreiches, nämlich die des Kagen- und Bogelschusses zu lösen. Die Ausstellung gibt einen Ueberblick über die zahlreichen Erfindungen und Präparate, die im Laufe der Zeit erfunden worden sind, um die Feindschaft zwischen Kagen- und Bogelfreunden zu beenden. Die Ausstellung ist an beiden Tagen von 9 Uhr bis 21 Uhr geöffnet. Die Eröffnung der Ausstellung findet Sonnabend, 2. Juli, 12 Uhr, statt.

Massenkoncert der Schumannschen Chöre im Tanzring des Volksparks Rehberge. Am Freitag, 1. Juli, 20 Uhr, veranstalten die unter der Leitung des bekannten Chormeisters Georg Oskar Schumann stehenden Vereine des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Sängerkor Berlin 1900, Berliner Landvolk-Chor, Neudöllner Sängerkor, im Tanzring des Volksparks Rehberge ein öffentliches Freikoncert. Zum Vortrag gelangen eine Reihe alter und neuer Volks- und Wanderlieder.

habens geht der vom End recht besonnen und vorsichtig zu Werke. Er weiß genau, wenn er auf frischer Lat erappt wird, ist ein Strich fällig, sei's auch nur einer aus geflochtener Weide. Die Konstanzer Juden nicht zurück vor eines Edelmanns Hals; im Gegenteil, sie drücken einen solchen mit ganz besonderem Vergnügen zu. Nicht umsonst hat, als sie den vom Rosenfels hängten, der Vogt unterm Hochgericht herausgeprügelt, an einem solchen Tage wie diesem bedauere er beinahe, nicht als geschworener Richter zur Welt gekommen zu sein. Nun, Vögtlein von Konstanz, laß dir gesagt sein: der vom Grimmstein ist keiner vom Rosenfels! Der wird dir mit dem Pfandgut entlaufen, noch eh' der nahende Tag sein erstes Band über die Uferbörde legt! Und, Stadtrat im Harnisch, du sollst nicht mal wissen, woher der Schlag gekommen ist; denn das Brecheisen, das nachher als Indiz in der Pfandkammer liegen bleiben wird, ist kein grimmensteinisches, sondern ein schmiedegünstenes, ein konstanzisches, eigens zu diesem Behufe beim Meister Hans Köblin am Altertum geklaut...

Hans Hagen, der Vogt der guten und getreuen Stadt Konstanz, ahnt nichts von diesen Gedanken, mit denen ihn der einbrechende Ritter behängt. Grimmstein liegt ihm augenblicklich fern. Ihn drücken andere Sorgen. Das hätte er sich nicht träumen lassen, daß diese Bankrotmacht bei Sigmund ein derartiges Ende nehmen würde. Seit er zurück ist — er half erst noch, den angehoffenen Pfalzgrafen Ludwig in den „Salmen“ bringen und ihn seiner blonden Redin behandeln — hat er kein Auge geschlossen. Ihn brauchte nicht der gespenstliche Hundschor auf die Beine zu bringen; das Geheul in seinem Innern hielt ihn die ganze Zeit über wach. Jede Einzelheit aus dem großen Saal des „goldnen Schwerts“ ist in ihm lebendig: der riesige Herrenstuhl mit den hundertfüßigen Geladenen. Ein prunkvolles Mahl war da aufgeföhren, vier Gänge zu je acht Gerichten, alles auf vergoldeten und silbernen Platten! Nicht nur für Mund und Schlund war gesorgt; damit Aug und Ohr nicht zu kurz kamen, wurde während des Essens das Spiel von der Jungfrau Maria aufgeführt, die den Heliand im Stalle von Bethlehem gebiert und dem die heiligen drei Könige Melchior, Kaspar und Balthasar Geschenke aus Morgenland bringen. Das Schönste bei dem frommen Spiel, und auch das Aufregendste, war der Stern aus purem Golde, der vor den drei Königen an einem dünnen Eisendraht herging. Zum Schluß wurde dargestellt, wie der König Herodes den drei

Königen nachsendet und wie er von seinen Landsknechten der Erstgeborenen mekeln läßt. Noch grüßt und schrillt dem Vogt das Geschrei dieser Säuglinge im Ohr, wie sie sich unter den blutigen Soldatenmessern winden und schinden. Noch steht er vor sich den Lantener Fürstbischof, der ihm gegenüber saß und den ein Schlagfluß fällte in eben dem Augenblick, als er sich vorbeugte, um die angestellte Kindermegelei besser sehen und hören zu können; denn im langjährigen Dienst der Kirche waren seine Augen etwas kurz und seine Ohren harthörig geworden.

Dieser Fürstbischof aber, den da der Tod angetreten hatte mitten aus der prunkvollsten Tafel, mitten aus dem schönsten Spiel, mitten aus der heitersten Ergözung heraus, der war ein gar umfanglicher Herr gewesen, an die dreieinhalb prallgefüllter Kornsäcke Gewicht; ein Herr, der die Last seines Wauchs nur mit Geschnauf und Gepuht trug, so etwa, als ob siedendes Wasser in ihm sei, dessen Dampf den Deckel ablüpft. Es war jedoch kein Wasser, das in dem dicken, geistlichen Herrn sott, nein, in ihm sott die Lust des Lebens und die Lust der Welt. Denn dieser Fürstbischof liebte die flüchtigen Dinge des Daseins mehr als alle sichern Verheißungen des Himmels. Sein Gaumen konnte jeden Wein unterscheiden, mochte er an der grünen Mosel gewachsen sein oder an den Hängen des rauschenden Rheins. Auch was bei den Welschen wuchs, kannte er, auch den Trunk, der aus Hispanien und Griechenland kam, den Wein aus Asia und aus dem moirischen Land. Seine großen, gelben Zähne bliffen am liebsten in Kapauenfleisch, und es gab nichts in aller Länder Küche und Keller, was er je unversucht gelassen hätte. Drei welsche Suppenschämde standen zu seinem Befehl, ganz abgesehen von der Zahl der Bräuenwender, und sein Säckelmeister war ein geplagter, geärgertes Mann; denn außer dem fürstbischöflichen Trok war auch noch genug geldverdringendes Weidervolk da, das der hochwürdigste Herr neben seinen Kapauen verbrauchte. So hatte er die Stunden vor dem Bankrott bei der berühmten Bühlerin Imperia verbracht. Offenbar hatte er des Guten zuviel getan bei dieser Lusttunde; seine Wdren waren doch schon alt und voll Kalk und hielten den Ansturm des jagenden Bluts nicht mehr aus. So fiel er denn hin wie ein Klotz, als er aus seinem Sessel aufstand, um die Landsknechtmegelei der unschuldigen Kinder besser zu sehen und zu hören.

(Fortsetzung folgt.)

Dobroslaw, Simeonstraße 11. „Tagespolitische Fragen“. — Donnerstag, 30. Juni, 18 Uhr, Vorstandssitzung bei Dobroslaw, 20 Uhr Funktionärsitzung.

17. Abt. Die Marxendebatte müssen umgehend beim Genossen Höhne abgeordnet werden.

18. Abt. Heute Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder in der Schönheitsstraße 1.

21. Abt. Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, erhalten die Bezirksführer im Vorfeld der Parteitagung für Monat Juli. Eventuell Vertreter wählen, da der Sekretär ab Freitag beurlaubt.

48. Abt. Heute 18 Uhr bei Keller, Fürstenstr. 1, Verteilung der Häuserblätter.

50. Abt. Freitag, 1. Juli, 18 1/2 Uhr, Vorstandssitzung bei Gürlich, 20 Uhr erweiterte Vorstandssitzung.

83. Abt. Freitag, 1. Juli, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Birkenwäldchen, Wilmersdorferstr. 10. Der Zeitungsdruck und der wirtschaftliche Aufbau, Referent Dr. Otto Gahr.

91. Abt. Unter dem Vorsitz von Gen. Wiese, Fontanestr. 29, wird am Donnerstag 70 Jahre alt. Wir wünschen unserem alten Funktionär nach einem ruhigen Lebensabend.

92. Abt. Mittwoch, 29. Juni, im Lokal Sägerheim, Wilmersdorferstr. 81, Zusammenkunft jüngerer Parteigenossen. „Unsere Agitationsarbeit“, Referent Willi Wolff. — Donnerstag, 30. Juni, Mitgliederversammlung, Aula der Roten-Rose-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 208-210. „Unter Kampf gegen Hitler-Bacon“, Referent Kurt Heine, R. S. F.

95. Abt. Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr, bei Frau, Prinz-Bismarck-Str. 28, wichtige Sitzung des Abteilungsverbandes mit den Bezirksführern und Bezirkssekretären.

100. Abt. Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr pünktlich, in der Schule wichtige Mitgliederversammlung.

106. und 108. Abt. Heute, Mittwoch, 29. Juni, 8 Uhr, treffen sich die erwerbslosen Parteigenossen in der Schloßstr. 27 zur Flugblattvorbereitung.

122. Abt. Heute 20 Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Dosty. Das Erscheinen aller Funktionäre einschließlich der Bezirksführer ist unbedingt erforderlich.

125. Abt. Heute 20 Uhr Jahrelang der 1. Unterabteilung bei Stärke, Charlottenburger Ecke Tschirra. Wichtige Tagesordnung.

131. Abt. Freitag, 1. Juli, 20 Uhr, Jahrelang der 5. Bezirks bei Dauten, Uhlenstr. 41. „Wie diskutiere ich mit meinem Gegner?“ Referent J. P. Wauer.

Frauenveranstaltungen.
1. Kreis, Freitag, 1. Juli, 19 1/2 Uhr, Funktionärsitzung bei Mothia, Prinzenstr. 29.

Bezirksausflug für Arbeiterwohlfahrt.
1. Kreis Mitte, Sonnabend, 2. Juli, 15 Uhr, Besichtigung des Grünen Hauses in Rega, Hermannstr. 21. Treffpunkt um 14 Uhr pünktlich vor dem Haus. Fahrverbindungen: Straßenbahn 27, 28.

137. Abt. Weidenbender-Bez. Freitag, 1. Juli, 20 Uhr, Sitzung der Arbeiterwohlfahrt im Volkshaus. Alle Helfer(innen) der Arbeiterwohlfahrt sind dazu eingeladen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.
Reichhaltiger Blauentee! Zur Erziehung der Hochpreisermögung wählt ihr die Gesundheitsheime der Reichhaltigen oder eine namentliche Liste derselben umgehend in der Geschäftsstelle abliefern.
Mitte, Abt. Fritz Wille: Unsere Gruppenabende fallen wegen Schließung des Jugendheims bis 1. August aus, desgleichen die Turnabende.
Kreuzberg, Tollen, die nach Toden verschiden wollen. Können dieselben heute zwischen 4 und 5 Uhr im Materialschuppen Lindenstr. 3, Eingang Alte Aufbörche, abliefern. — Tagesgemeinschaft! Alle Parteimitglieder müssen daran teilnehmen. Note Folien: 15 Uhr Hoffenstr. 4. Jungfrauen: 15 Uhr Urban-

straße 167, Reichhaltigen Blauentee: 17 Uhr Nordstr. 11, Reichhaltigen Uebersee (schöne) 17 Uhr Hoffenstr. 4.
Reichhaltigen: Ballversammlung aller Zeitungsmitglieder heute, Mittwoch, 17 1/2 Uhr, beim Bergstr. 29.
Abt. Weidenbender: Anmeldungen für das Ferienlager Uebersee sind umgehend an Genossen Siegfried Kaiser, Hohenschönhausen, Am Juleentee 3, oder im Jugendheim Caléer Str. 2 abzugeben. — Abt. Hohenschönhausen: Donnerstag alles pünktlich zum Leben im Jugendheim Freiendorfer Straße.
Tempelhof: Morgen, Donnerstag, 9 Uhr, Unterführung aller Parteimitglieder in Mariendorf, Witzgenstraße (Gesundheitshaus).

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

54. Abt. Unser Genosse Ernst Tost ist am Sonnabend, 25. Juni, verstorben. Erhebe seinem Andenken. Einbürgerung am Freitag, 1. Juli, 18 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf. Um rege Beteiligung wird gebeten.

57. Abt. Unser Genosse Ernst Hansmann, Krumme Str. 48, ist nach 30jähriger Mitgliedschaft für immer von uns gegangen. Erhebe seinem Andenken! Trauerfeier Donnerstag, 30. Juni, 15 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße.

90. Abt. Am 25. Juni verstarb nach langer Krankheit unser Genosse Anna Kabbler, Reußstr. 18, im 42. Lebensjahre. Erhebe ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, 30. Juni, 13 1/2 Uhr, auf dem Reichthaler Friedhof, Wilmersdorfer Weg, statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

„Alles auf den Kopf gestellt! Leben Sie den Sommeraufbruch, Kopf zerbrochen“, der im Reichthaler Friedhof für Sie bereit liegt! Auf diesen Kopf sind gestellt: eine interessante Aufgabe, Barpreise und die leichte Möglichkeit, durch „Haarlang“ prachtvolles Haar zu bekommen und zu bewahren!

Theater, Lichtspiele usw.

staats Theater
Mittwoch, den 29. Juni
Staatsoper Unter den Linden
18 1/2 Uhr
Götterdämmerung
Städt. Schauspielhaus
Sondermannstr.
Schiller-Theater
Charlottenburg.
20 Uhr
Jeppe vom Berge
Die Räuber

Winter Garten
8 Uhr 13. Flora 3434. Raumes etc.
Paul Graetz, Peter Sachse,
Jenny & Piccolo,
Crocers & Crocers usw.

Lichterfelder Festsäle
Zehlendorfer Straße 5
Naturgarten Tierpark
Kinderbelustigungen

SCALA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr
Fernando Linder
2 Burs., W. Kasse usw.

PLAZA
5 u. 8 1/2 Uhr
Nur noch!
2 Tage!
Schwarzwaldmotel

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Betrifft Rechtsabteilung!
Aus Anlaß der Einbürgerung des Rats. Wundberg ist die Rechtsabteilung heute, Mittwoch, nur bis 6 Uhr geöffnet. Sie bitten dieses zu beachten.
Die Ortsverwaltung.

Volksbühne
Theater am Köpenicker Platz
8 1/2 Uhr
Geld ohne Arbeit
Komödie von Alberte Colantoni
Bearbeitet von R. A. Stemmler
Regie: Günther Stark

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Madonna wo bist Du?
Erika v. Thellmann
Luisa Sidel
Theodor Loos
Josef Wedorn

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Franz Hintze
geb. 24. April 1874, am 25. Juni gestorben ist.
Die Einbürgerung findet am Mittwoch, dem 30. Juni, 10 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.
Am 28. Juni fand unter Leitung der Schloffer
Emil Sankowsky
geb. 17. November 1878.
Die Beerdigung findet Donnerstag, dem 30. Juni, 14 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des III. Gemeindefriedhofes Gantow, Bohlenstr., aus statt.
Ehre ihrem Andenken.
Rege Beteiligung erbetet.
Die Ortsverwaltung.

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Mittwoch, 29. Juni
Turnus I

Petrusdika
Ahamowski, Uhlen,
Sydow, Grotke, Egen-
lauf, Sorze

Glanni Schiedel
Friedrich, Hirsch,
Fidesser
Anfang 20 Uhr
Ende 22,15 Uhr

Berlin Hotel EXCELSIOR.
2. Ahn Bahn.

Deutsches Theater
Letzte Aufführungen
Die Journalisten
Lustsp. nach Gustav Freytag
von Felix Jaubert
Musik: Theo Mackeben
Regie: Heinz Hilpert.

Ernst Hansmann
im 60. Lebensjahre.
In dieser Trauer
Rosina Hansmann,
geb. Eubert
Charlotte Hansmann
Charlottenburg, Krumme Straße 48.
Einbürgerung findet Donnerstag, dem 30. Juni, 15 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. 101, statt.

„und Sonntag?“
Berlins schönstes
KINDERFEST
auf dem gesamten
Ausstellungsgelände der
SOMMERSCHAU
„Sonne, Luft u. Haus für Alle“
am Funkturm

HAUS VATERLAND
Pergnigungs
Restaurant Berlins
BETRIEB
KEMPINSKI

Eisschränke
12 Monats-Raten
Radplatz
Berlin W 66, Leipziger Straße 122/123

„GAGFAH“ Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten
Vermögens-Aufstellung

Vermögen		Mark
Postcheck- und Kassenbestand		132.580,31
Bankguthaben		1.783.109,95
Wertpapiere		6.837,70
Schuldner:		
a) Forderungen an Tochtergesellschaften	Mk. 2.339.187,36	
b) Sonstige Forderungen	2.291.485,80	4.630.673,16
Darlehen an Tochtergesellschaften		587.581,05
Hypotheken:		
a) Tochtergesellschaften	Mk. 2.859.192,53	
b) Sonstige Hypotheken	1.760.929,28	4.620.101,91
Beteiligungen		1.510,02
Vermieteter Hausbesitz		Mk. 9.466.290,97
Grundstücke		
Gebäude	Mk. 89.498.233,60	
Abschreibungen bis 1930	1.799.377,46	
	Mk. 87.698.856,14	
Abschreibung 1931	1.373.331,81	86.323.344,33
Noch aufzulassende Siedlungen:		
Grundstücke	Mk. 2.469.193,33	
Gebäude	16.794.316,25	19.263.509,58
Im Bau befindliche Siedlungen:		
Grundstücke	Mk. 5.060.092,10	
Baukosten	56.551.231,28	61.711.293,38
Vorwaltungs- und Dienstgebäude:		Mk. 467.846,30
Grundstücke		
Gebäude	Mk. 460.941,97	
Abschreibung bis 1930	43.399,79	
	Mk. 417.542,18	
Abschreibung 1931	19.735,77	437.816,41
Unbebautes Gelände		2.494.440,68
Einrichtungsgegenstände	Mk. 33.617,19	
Abschreibung	33.616,10	1,—
Rückständige Mieten		195.478,51
Hinterlegungen		1.221,—
Wechselschulden	Mk. 4.197.241,56	
Bürgschaften		5.980.963,04
Hinterlegungen		1.295.178,71
		220.702.353,03

Schulden		Mark
Aktienkapital		6.000.000,—
Ordentliche Rücklage		711.709,81
Bürgschafts-Rücklage		350.000,—
Rückstellungen:		
Instandhaltungsrückstellung	Mk. 539.337,49	
Mieterrückstellung	343.729,76	
Siedlungsrückstellung	360.000,—	
Heimab-Bewerzungsrückstellung	294.678,08	1.547.745,33
Tilgungsrückstellung		121.273,09
Abschreibungsrückstellung		76.437,82
Bausparstellungen und Barsicherheiten		963.223,82
Zwischensschulden		21.331.290,25
Gläubiger:		
a) Tochtergesellschaften	Mk. 1.162.282,44	
b) Sonstige	2.992.969,56	4.155.251,99
Schuldwechsel		1.407.821,25
Darlehen R. I. A.		107.388,67
Schuldenscheine		1.432.994,38
Hypotheken:		
auf vermieteten Hausbesitz	Mk. 91.626.234,99	
Tilgung bis 1930	369.641,99	
	Mk. 91.056.592,99	
Tilgung 1931	477.839,25	90.578.753,56
auf aufzulassende Siedlungen		17.409.104,10
auf im Bau befindliche noch nicht abgerechnete Siedlungen		45.016.937,69
auf Verwaltungs- und Dienstgebäude		512.207,16
auf unbebautes Gelände		1.685.515,23
Vorausbezahlte Mieten		40.713,99
Weitergeleitete R.I.A.-Hypotheken		26.879.276,83
Wechselschulden	Mk. 4.197.241,56	
Bürgschaften		5.980.963,04
Hinterlegungen		1.295.178,71
Gewinn-Vortrag 1930		32.713,06
Verlust 1931		15.941,16
Gewinn		36.771,90
		15.072.173,31

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Verlust		Mark
Unkosten		2.071.744,21
Abschreibungen:		
a) Verwaltungs- und Dienstgebäude	Mk. 19.735,77	
a) Einrichtung	33.616,10	
a) Beteiligungen	3.054,90	55.406,77
Zinsen		3.602.150,39
Vermieteter Hausbesitz:		
ausgaben für Hypothekenzinsen, Steuern,	Mk. 8.520.906,23	
Lasten, Verwaltungskosten	783.193,81	
Abschreibungen		9.306.102,04
Gewinnvortrag 1930		32.713,06
Verlust 1931		15.941,16
Gewinn		36.771,90
		15.072.173,31

Gewinn		Mark
Gewinn-Vortrag 1. Januar 1931		32.713,06
Bearbeitungs- und sonstige Erträge		1.815.218,63
Beteiligungs-Erträge		58.026,50
Zwischensschulden aus Zwischenkrediten und Hypotheken		3.797.109,65
Vermieteter Hausbesitz:		
Einnahmen		9.345.997,47
		15.072.173,31

Berlin, den 31. Dezember 1931/14. Juni 1932.

GAGFAH
Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten
Der Vorstand: (gez. Arnold Knoblauch, Dr. Bordin, Dr. Siegewandt, Gerlach).
Der vorstehende Jahresabschluss (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) sowie die Geschäftsberichte und Schriften der GAGFAH sind von uns geprüft. Auf Grund unserer Prüfung und der uns vom Vorstand gegebenen Nachweise und Aufklärungen bestätigen wir, daß der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht.
Berlin, den 24. Juni 1932.

Trennung-Gesellschaft für deutsche Arbeit
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
(gez. Osterwald, I. a. Frost).

Berlin, den 20. Juni 1932.

Für den Aufsichtsrat:
Gez. Walter Hannemann, Krug, M. Greger.

Ernst Hansmann
im 60. Lebensjahre.
In dieser Trauer
Rosina Hansmann,
geb. Eubert
Charlotte Hansmann
Charlottenburg, Krumme Straße 48.
Einbürgerung findet Donnerstag, dem 30. Juni, 15 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. 101, statt.

Ernst Hansmann
ist im Alter von 60 Jahren am Sonntag früh nach längerem Leiden an einer Herzerkrankung gestorben. Der Verstorbene ist 34 Jahre Mitglied unseres Verbandes und seit 1903, seit der Sitverlegung von Stuttgart nach Berlin, ununterbrochen unbesoldetes Mitglied der Zentralleitung gewesen. Bis zum Eintritt der Erkrankung Funktionär seiner Branche in der Filiale Berlin, war der Verstorbene ein rühriger und gewissenhafter Mitarbeiter aus der alten Gewerkschaftsschule, auf dessen Treue und Zuverlässigkeit sich die Bewegung in jeder Stunde stützen konnte. Wir verlieren in dem Heimgegangenen einen ersten und zielbewußten Mitarbeiter von offenem und lautem Charakter, dessen Verdienste wir stets in Dankbarkeit gedenken.
Berlin, den 28. Juni 1932.

Deutscher Bekleidungs-Arbeiter-Verband
Zentralleitung
Die Einbürgerung findet am Donnerstag, dem 30. Juni 1932, um 15 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 100-103, statt.

Ernst Tost
im 62. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Rosa Tost.
Die Einbürgerung findet am Freitag, dem 1. Juli, 6 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. 101, statt.

Karteien
JUERGENS
Alexanderplatz
Neue Königstr. 43

Bilanz
der Möbelfabrik „Ostia“ Eingetr. Genossenschaft m. beschränkter Haftung vom 31. Dezember 1931.

Aktiva		RM.
Warenbestand		11.086,60
Kautionen		1,00
Maschinen und Werkzeuge		1.400,00
Commerz- und Privatbank		675,16
Debitoren		6.523,98
Kasse und Wechsel		710,87
Verlust per 1931		4.109,87
		24.707,18
Passiva		RM.
Hauptpflicht		210,00
Reservefonds		2.099,68
Kreditoren		2.715,80
Darlehen		18.222,50
Rücklage		850,00
		24.707,18

Die Hauptpflichtsumme aller Genossen beträgt RM. 210,00. Die Anzahl aller Genossen 7. Hat sich mithin nicht vermehrt oder vermindert.
F. Fallesen, Franz Schultz.

Fahrräder
Ballonsäder, fabrikneue 85,—, 80,—, 75,—, 70,—, 65,—, 60,—, 55,—, 50,—, 45,—, 40,—, 35,—, 30,—, 25,—, 20,—, 15,—, 10,—, 5,—, 0,—.
Werner, Kollbrunnstr. 9, Reichenhagen.

Garten, Laube und Balkon
Gärten, Lauben, Balkone, Terrassen, Pergolen, etc.
Karlshagen, Berlin.

Vermietungen
Wohnungen, Zimmer, etc.
Karlshagen, Berlin.

Ernst Hansmann
ist im Alter von 60 Jahren am Sonntag früh nach längerem Leiden an einer Herzerkrankung gestorben. Der Verstorbene ist 34 Jahre Mitglied unseres Verbandes und seit 1903, seit der Sitverlegung von Stuttgart nach Berlin, ununterbrochen unbesoldetes Mitglied der Zentralleitung gewesen. Bis zum Eintritt der Erkrankung Funktionär seiner Branche in der Filiale Berlin, war der Verstorbene ein rühriger und gewissenhafter Mitarbeiter aus der alten Gewerkschaftsschule, auf dessen Treue und Zuverlässigkeit sich die Bewegung in jeder Stunde stützen konnte. Wir verlieren in dem Heimgegangenen einen ersten und zielbewußten Mitarbeiter von offenem und lautem Charakter, dessen Verdienste wir stets in Dankbarkeit gedenken.
Berlin, den 28. Juni 1932.

KLEINE ANZEIGEN
Jedes Wort 15 Pf.
Annahme durch den Ver. ag. Lindenstr. 3 (19-5 Uhr) samt „Vorwärts“-Filialen, -Ausgabenstellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen.

Verkäufe
Rohstoffe, jeder Art u. Größe, Rifenauswahl, Teilzahlung, transportable Radreifen, Pabewannern-Oefen, Kesselöfen. Die alte Firma Sommer u. Wenzler, Preisenerstraße 99, Bismarckstr. 7, 6551.

Solex
Solex, Kolonialstr. 2.

Wohnungstausch
Zwei-Zimmerwohnung (groß), Garten, etc.
Karlshagen, Berlin.

Zimmer
Kleines möbliertes Zimmer, Karlshagen, etc.
Karlshagen, Berlin.

Deutscher Bekleidungs-Arbeiter-Verband
Zentralleitung
Die Einbürgerung findet am Donnerstag, dem 30. Juni 1932, um 15 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 100-103, statt.

Kaufgesuche
Kaufgesuche, etc.
Karlshagen, Berlin.

Wohnungstausch
Zwei-Zimmerwohnung (groß), Garten, etc.
Karlshagen, Berlin.

Wohlfahrtsanstalt für wen?

Eine Antwort aus den Subventions- und Garantielisten des Reichshaushalts.

Als im Frühjahr 1932 dem Reichshaushaltsausschuß Mitteilungen über die Darlehen und Bürgschaften des Reichs an private Unternehmungen gemacht wurden, forderte die Sozialdemokratie sofort, daß diese Angaben auf den Stand vom 1. April 1932 gebracht würden. Der Grund hierfür war, daß zwischen dem 1. Oktober 1931, mit dem die Subventionslisten der Reichsregierung abgeschlossen, noch ganz erhebliche Beiträge vor allem durch Bürgschaften des Reiches als neue Belastung hinzugekommen waren. Bei dem normalen Verlauf hätte die Öffentlichkeit von diesen Lasten frühestens im Frühjahr 1933 erfahren. Wie notwendig die sozialdemokratische Forderung nach sofortiger Klarheit gewesen ist, zeigt die Tatsache, daß jetzt

allein an Bürgschaftsverpflichtungen des Reichs für die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 1. April 1932 ein Nettowachstum von rund 315 Millionen Mark

zu verzeichnen ist. Am 1. Oktober 1930 betragen die gesamten Bürgschaften des Reichs 684 Millionen Mark, und von diesem Betrag sind bis zum 31. März 1932 425,6 Millionen erloschen. In der gleichen Zeit sind aber für rund 1,7 Milliarden Mark Garantieverpflichtungen vom Reich neu übernommen worden. Der Wohlfahrtsstaat hat also für das Bankkapital, für Industrie und Landwirtschaft nicht schlecht gesorgt.

Besonders interessant ist die Entwicklung der Bürgschaften des Reichs zwischen dem 1. Oktober 1931 und dem 31. März 1932. In dieser Zeit sind die Bürgschaften

für die Landwirtschaft

von 93,3 auf 268,8 Millionen gestiegen. 113,6 Millionen Mark von diesem Betrag entfallen allein auf Osthilfskredite. Weitere 15 Millionen haben für Roggenkulturstärke und Weizenanbau Verwendung gefunden. Außerdem haben sich die Bürgschaften für Düngemittelkredite von 0,4 auf 57,3 Millionen Mark erhöht. Die Bürgschaften

für Handel und Gewerbe

betragen am 31. März 1932 689,2 Millionen, das sind 41,6 Millionen Mark weniger, als am 1. Oktober 1931. Der Rückgang ist hauptsächlich auf eine Verminderung der Bürgschaftskosten des Reichs im Außenhandelsgeschäft und hier besonders im Ruffengeschäft während des Winters 1931/32 zurückzuführen. Die Bürgschaften im Schiffahrts- und Verkehrswesen haben sich bis zum 31. März 1932 um 24 Millionen auf 75,7 Millionen Mark erhöht. Diese 24 Millionen entfallen auf die Reedereien, die bekanntlich auch nach dem 31. März 1932 noch einmal eine sehr erhebliche Bürgschaft von der Reichsregierung erhalten haben.

Der stärkste Rückgang der Bürgschaften hat bezeichnenderweise im Wohnungs- und Siedlungswesen stattgefunden.

Am 31. März 1932 nur noch 175,9 Millionen Mark Bürgschaften bestanden gegen 220,9 Millionen am 1. Oktober 1931.

Bei den Banken, für die das Reich am 1. Oktober 1931 für etwa 547,2 Millionen Mark Bürgschaftsverpflichtungen lasten hatte, haben sich diese Verpflichtungen des Reichs auf etwa 745,5 Millionen Mark erhöht. Genauere Zahlen gibt es nicht, weil eine Ausfallbürgschaft des Reichs für die Darmstädter und Nationalbank offiziell nur „nach roher Schätzung“ mit rund 400 Millionen Mark bemerkt wird.

Die Entwicklung der Bankensubventionen und der Bürgschaften des Reichs für Banken ist als Illustration zu dem Wort vom Wohlfahrtsstaat besonders treffend. Nach dem Stand von Anfang April 1932 hat das Reich durch Beteiligung, Kredite, Bürgschaften und sonstige Zuschüsse

folgende Beträge im deutschen Bankwesen investiert:

	in Millionen Mark insgesamt	davon Bürgschaften
Dresdner Bank, Darmstädter und Nationalbank und Deutsche Orientbank	984,5	407,7
Norddeutsche Kreditbank (früher J. F. Schröder, Bremen)	138	88
Garantie- und Akzeptbank	83	66
Commerz- und Privatbank	77,2	—
Landesbank für die Rheinprovinz	64,0	—
Allgemeine Deutsche Creditanstalt	16	—
Deutsche Girozentrale	100	100
Berliner Bank für Handel und Grundbesitz	21	21
Gemeinnützige Kreditgenossenschaften	47,6	47,6
Verschiedene Banken	18,7	18,7
Zusammen	1550,0	749,0

Die Beteiligungen des Reiches, die es als Gegenleistung für diesen enormen Zuschußbetrag bei den verschiedenen Bankinstituten erhalten hat, belaufen sich insgesamt auf nur 234 Millionen Mark, von denen aber allein 68 Millionen Mark auf die Garantie- und Akzeptbank entfallen, die nicht zu den bereits vor der Krise bestehenden Privatbanken gehört.

Garantien von fast 2 Milliarden Mark bedeuten für die Finanzen des Reichs und für die Reichskasse eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Zu einer Zeit, in der die Reichsbürgschaften wesentlich niedriger, die finanziellen Möglichkeiten des Reichs aber unergreiflich besser waren als heute, ist schon auf Antrag der Sozialdemokratie ein Rücklagefonds für das erhebliche Risiko gebildet worden, das mit der Übernahme der Bürgschaften verbunden ist. Tatsächlich hat sich der Rücklagefonds als sehr nützlich erwiesen. 80 Millionen Mark Zufälle bei Reichsbürgschaften sind insgesamt bereits abgedeckt worden. Für das Jahr 1932 ist die Erhöhung des Risikofonds auf 20 Millionen Mark vorgesehene. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob dieser Betrag auch nur annähernd zur Abdeckung etwa entstehender Verluste ausreichen wird. Denn neben den rund 2 Milliarden bereits übernommenen Bürgschaften hat das Reich aus früheren Jahren noch die Ermächtigung, für weitere 1,7 Milliarden Mark Bürgschaften zu übernehmen. Offiziell wird zwar erklärt, daß „jeht geprüft werden müßte, welche von diesen Ermächtigungen nunmehr für erledigt erklärt werden könne“, aber solange diese Prüfung nicht abgeschlossen ist, bestehen noch ungeahnte Möglichkeiten für die Reichsregierung, weiter massige Beispiele für die Berechtigung ihres Wortes vom Wohlfahrtsstaat zu liefern.

Die direkten Barsubventionen des Reichs in Form von Darlehen

an private Unternehmungen, die man schon oft hat in den Schornstein schreiben müssen, sind zwischen dem Oktober 1931 und dem März 1932 von 856,5 auf 889,5 Millionen Mark gestiegen. Von der Erhöhung entfallen auf Wohnungsfürsorge und Siedlung 13,4 Millionen, auf Landwirtschaft und Ernährung 11,1 Millionen und auf Verkehrswesen 5 Millionen Mark. Es unterliegt keinem Zweifel, daß zahlreiche dieser Reichsdarlehen kaum jemals zurückgezahlt werden dürften. Wenn man daher prüft, welche Garantieverpflichtungen noch aufrechterhalten werden sollen, wird man zweckmäßigerweise gleichzeitig die Schuldner des Reichs einmal genau ansehen. Es wäre nämlich ehrlicher, den größten Teil der Reichsdarlehen so zu nennen, wie sie wirklich heißen müssen, nämlich verlorene Zuschüsse.

Auch bei dieser Gelegenheit wird die Reichsregierung feststellen können, daß den größten Nutzen vom Wohlfahrtsstaat nicht die Arbeiter und Angestellten haben, die für ihre Beiträge zur Sozialversicherung versicherungsmäßige Leistungen verlangen, wenn sie in Not kommen, sondern die Interessenten aus Industrie, Handel, Landwirtschaft und Bankwesen, die den Staat im Falle einer Wirtschaftsdpression als bequeme Subventionsquelle anzapfen.

Reichsvertreter bei der Schiffahrt.

Generalversammlung des Nordloyd.

In Bremen fand gestern die Generalversammlung des Norddeutschen Lloyd statt, die die vorgeschlagene Sanierung debattieren genehmigte, was angesichts des großen Entgegenkommens des Reiches nicht weiter verwunderlich ist. Der Vorsitzende, Präsident Heineken, wies darauf hin, daß zur Zeit 31 Prozent der deutschen Flotte und 25 Prozent der Flotte des Nordloyd aufgelassen seien. Die Durchführung des Umwandlungsprogramms sei unbedingt notwendig.

Der neue Aufsichtsrat, der auch zugleich der der Hapag ist, besteht aus 28 Mitgliedern. Davon sind 8 Vertreter der bremischen, 8 Vertreter der hamburgischen, 8 Vertreter der sonstigen Reichsflotte, so daß nur vier Plätze für Beauftragte der Reichsregierung übrigbleiben. Es sind dies: Staatssekretär a. D. Bergmann; Staatsminister a. D. Dr. Derenburg; Dr. Otto Fischer (Reichskreditanstalt) und Reichsminister a. D. von Guérard. Hier, wie in allen ähnlichen Fällen, ist also das Reich durchaus ungenügend vertreten, obwohl die Schiffahrtsverwaltungen ganz offenbar mit weiteren Subventionen rechnen. Wir wollen wenigstens hoffen, daß die Stimmen der Reichsvertreter im Aufsichtsrat entscheidendes Gewicht haben, und daß diese Herren in den wichtigsten Arbeitsausschüssen (Finanzausschuß) die Führung haben.

Günstiger Tieg-Abchluß.

6 Proz. Dividende. — Umsatz mengenmäßig nicht gesunken.

Geschäftsbericht und Bilanz für das Geschäftsjahr 1931 (1. Februar 1931 bis 31. Januar 1932) der Leonhard Tieg & Co. Köln, zeigen ein verhältnismäßig so günstiges Bild, wie man es nach dem allgemeinen Umsatzrückgang und nach Bekanntwerden der Schwierigkeiten bei dem Frankfurter Warenhaus Bronner nicht erwarten konnte.

Bei Leonhard Tieg ist der Umsatz von 205,6 Mill. Mark im Jahre 1930 auf 178,6 Mill. Mark im Jahre 1931, also um nicht ganz 13 Proz., zurückgegangen. Da man für

die gleiche Zeit mit einem Preisrückgang von etwa 12 Proz. rechnen muß, ist also mengenmäßig der Umsatz fast gehalten worden. Uebrigens ist der Umsatz in den großen Warenhäusern nach Feststellungen des Warenhausverbandes wertmäßig um fast 20 Proz. gesunken, so daß Tieg in dieser Gruppe besonders gut dasteht.

Der Rohgewinn ist nur wenig, von 64,0 auf 62,2 Mill. Mark zurückgegangen, dem eine Ermäßigung der Unkosten um 1,1 Mill. Mark gegenübersteht. Da die Steuern und die Zinsen um je 0,4 Mill. stiegen und die Abschreibungen von 2,8 auf 3,5 Mill. Mark erhöht wurden, ging der Reingewinn von 3,6 auf 2,3 Mill. Mark zurück. Es wird eine Dividende von 6 Proz. gezahlt.

Durch Einzug von eigenen Aktien im Betrage von 6 Mill. Mark wird das Kapital von 37,0 auf 31,0 Mill. Mark herabgesetzt.

Die Bezüge des Vorstandes werden mit 898.510 Mark angegeben, das sind je Kopf durchschnittlich 100.000 Mark! Sie „werden sich im laufenden Jahre ermäßigen“. Im übrigen scheint die Tieg-Verwaltung die Rotteordnungsbestimmungen nicht genau gelesen zu haben: sie legt als Aufsichtsratsbezüge im abgelaufenen Jahr die — noch nicht beschlossene und gezahlte! — Tantieme für 1931 (70.000 M.) ein, während die Tantieme für 1930 (185.000 M.) auszuweisen war.

Beschäftigt waren am 31. Januar 14.752 Angestellte und Arbeiter, das sind 6 Proz. weniger als im Vorjahr, trotz des mengenmäßig gehaltenen Umsatzes.

Abschluß der Gagfah.

Bautätigkeit im Jahre 1931 auf ein Viertel zurückgegangen.

Von der Droffnung der Wohnungsbautätigkeit ist im Jahre 1931 auch die Gemeinnützige A.-G. für Angestellten-Heimstätten, Berlin, betroffen worden. An der Gagfah, die die Finanzierung von Wohnungsbauten und die Verwaltung der fertiggestellten Wohnungen betreibt, sind neben öffentlichen Instituten die Angestelltenverbände jeder Richtung beteiligt. Bis Ende 1931 hat die Gagfah in ganz Deutschland 462 Siedlungen mit 28.283 Wohnungen hergestellt.

Im Jahre 1931 konnte der Bau von nur 1543 Wohnungen begonnen werden, während es im Jahre zuvor noch 6157 Wohnungen waren. Die Verbindung der Gagfah mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hätte die Beschaffung erstelliger Hypotheken für ein großes Bauprogramm ermöglicht, aber die Droffnung der öffentlichen Mittel für die nachstelligen Hypotheken machte solche Pläne unmöglich. Da in das Jahr 1931 eine Anzahl begonnener Bauten aus dem Jahre 1930 übernommen waren, stellte sich die Zahl der im Jahre 1931 fertiggestellten Wohnungen auf 6000, während 1304 Wohnungen erst im laufenden Jahre fertig werden. Ueber ein geplantes neues Bauprogramm werden keine Zifferangaben gemacht.

Personalabbau und Gehaltsenkungen bei ihren Mietern wirken natürlich auf die Gagfah weiter. Bei ihr und ihren Tochtergesellschaften waren Ende des Jahres 2,4 Proz. des Mietzolls oder 0,28 Mill. M. rückständig. Davon wurden 68.000 M. als Berufslust ausgebucht. Auch die Zinsrückstände der Eigenheimbesitzer wachsen allmählich an.

In der Bilanz erscheint der vermietete Hausbesitz mit 96,0 Mill. M., fertige Siedlungen machen 19,3 Mill. M., im Bau befindliche Siedlungen 61,7 Mill. M. aus. Das sind zusammen 177,0 Mill. M., denen Hypothekenschulden von 155,4 Mill. M. und Zwischenkredite von 21,3 Mill. M. gegenüberstehen. Auf den vermieteten Hausbesitz wurden 1,4 Mill. M. (also etwa 1,5 Proz.) abgeschrieben; dazu mußte allerdings das Heimgeld-Rückstellungsfonds um 1,1 auf 0,3 Mill. M. ermäßigt werden. Das Geschäftsjahr 1931 schließt mit einem kleinen Verlust von 16.000 M., durch den sich der Gewinnvortrag auf 37.000 M. ermäßigt. Das 6-Mill.-M.-Kapital bleibt daher ohne Dividende (im Vorjahr 5 Proz.).

Die Bewag berichtet.

Rückgang des Stromabfahes / Tariffenkung für elektrische Küchen.

In der gestrigen Generalversammlung der Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges. (Bewag) wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 1931 genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Das Aktienkapital der Bewag von 15 Millionen ging 1931 auf die neugegründete Berliner Kraft- und Licht A.-G. über, wodurch auch die Voraussetzungen für das Steuer-Privileg wegfielen. Dies erklärt die erhebliche Steigerung des Postens Steuern in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Im Geschäftsjahr 1931 wurden von der Bewag 1213,5 Mill. Kilowattstunden (1930: 1290,6 Mill.) verkauft. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahre um rund 6 Proz. liegt unter dem für die Gesamtheit der deutschen Elektrizitätswerke festgestellten Durchschnitt. Der Absatzrückgang beträgt bei den Hochspannungsabnehmern 9,5 Proz., bei den Niederspannungsabnehmern rund 7 Proz. Verhältnismäßig konstant ist die Abgabe von Fahrstrom an die Berliner S-Bahn und an die BVG geblieben. Bei der BVG hat jedoch eine Umlagerung der Stromabgabe von der Straßenbahn auf die U-Bahn stattgefunden.

Die Bewag-Kraftwerke erzeugten 947,3 Mill. Kilowattstunden (1930: 1096,4 Mill.). An Fremdstrom wurden bezogen 476,3 Mill. Kilowattstunden (1930: 441,0 Mill.).

Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse stieg im Berichtsjahr die Zahl der eingebauten Zähler um rund 72.000 auf 1.021.327. Da auch heute noch ein erheblicher Prozentsatz der Berliner Wohnungen ohne elektrischen Anschluß ist, wird auch im kommenden Jahre mit einer, wenn auch verminderten, weiteren Zunahme der Abnehmerzahl zu rechnen sein.

Das Elektrizitäts-Tariffahrgangsgeschäft hat 101.000 Finanzierungsanträge gegen 134.000 im Vorjahr bearbeitet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Brutto-Heberzshuß von 31,6 Mill. M. ab. Dieser Betrag wird laufungsgemäß an die Aktionäre, die Berliner Kraft- und Licht-Aktiengesellschaft, ausgeschüttet, die daraus die Abschreibungen für die von der Bewag gepachteten Betriebsanlagen und die Umsatzsteuer auf die Umsätze der Bewag zu befreien hat. Der verbleibende Rest wird nach Deckung der Kosten für die Gewinnverteilung und die Konzessionsabgabe an die Stadt Berlin vermandet.

Das Ergebnis der bisher abgerechneten Monate des neuen Jahres liegt etwa 12,5 Proz. unter dem des Jahres 1931. Um die Anwendung der Elektrizität zu Warmgeweden zu erreichen,

wurde in der gemeinsamen Aufsichtsratsitzung der Bewag und der BVG beschlossen, den Strompreis des Tarifes für die Belieferung von Elektro-Küchen in Haushaltungen von 10 auf 8 Pf. je Kilowattstunde zu ermäßigen.

Neue Ruhrgasenttäuschung.

7,3 Millionen Gesamtverluste.

Das Jahr 1931 hat für die Ruhrgas A.-G., die einst zur Eröberung Deutschlands für die Zechenfernverförgung ausgezogen ist, neue Enttäuschungen gebracht. Die Wirtschaftskrise tat ein übriges, um die Folgen des Zehgedankens noch peiniglicher zu machen.

Der Ausbau des Leitungsnetzes wird jetzt als abgeschlossen erklärt. Die Hoffnungen, im Süden nach Hessen und im Osten über die Elbe vorzudringen, sind also endgültig begraben. Das Leitungsnetz wurde noch um 130 auf 933 Kilometer erweitert. Der Absatz ist aber nur von 718 auf 796 Millionen Kubikmeter gestiegen, das heißt um rund 11 Proz. während im Jahre 1930 die Absatzsteigerung noch 70 Proz. betrug. Der Boranschlag für 1931 mit rund 900 Millionen Kubikmeter ist nicht entfernt erreicht, ganz zu schweigen von der früheren Hoffnung, im Jahre 1931 eine Milliarde Kubikmeter abzulesen.

Ebenso wenig erfreulich ist das finanzielle Ergebnis. Im Absatz an eigentliche Verbraucher außerhalb der Konzernwerke hat sich der Ueberzshuß aus dem Gasgeschäft je Kubikmeter zwar erhöht, aber die Zinslasten für die enormen Anlagekosten — der Wert der Anlagen erscheint in der Bilanz mit rund 69 Millionen Mark — und die Vermehrung der Unkosten und Steuern haben diese Ertragsbesserung fast aufgehört. Auch 1931 konnte nur ein relativ kleiner Teil der erforderlichen Abschreibungen verdient werden. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt einen neuen Verlust von 1,97 Millionen Mark gegenüber einem Verlust von 1,75 Millionen im Jahre 1930. Der Verlustvortrag hat sich jetzt auf 7,3 Millionen Mark erhöht.

Im Jahre 1932 haben die ersten fünf Monate nur durch die Aufkaufträge, d. h. durch stärkere Gaslieferungen an die Konzernfirmen, keinen neuen übermäßigen Absatzrückgang gebracht. Es wurden 318 Millionen Kubikmeter gegen 327 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres abgeleht.

Wohlfahrtsanstalt für wen?

Eine Antwort aus den Subventions- und Garantielisten des Reichshaushalts.

Als im Frühjahr 1932 dem Reichshaushaltsausschuß Mitteilungen über die Darlehen und Bürgschaften des Reichs an private Unternehmungen gemacht wurden, forderte die Sozialdemokratie sofort, daß diese Angaben auf den Stand vom 1. April 1932 gebracht würden. Der Grund hierfür war, daß zwischen dem 1. Oktober 1931, mit dem die Subventionslisten der Reichsregierung abgeschlossen, noch ganz erhebliche Beträge vor allem durch Bürgschaften des Reichs als neue Belastung hinzugekommen waren. Bei dem normalen Verlauf hätte die Öffentlichkeit von diesen Lasten frühestens im Frühjahr 1933 erfahren. Wie notwendig die sozialdemokratische Forderung nach sofortiger Klarheit gewesen ist, zeigt die Tatsache, daß jetzt

allein an Bürgschaftsverpflichtungen des Reichs für die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 1. April 1932 ein Nettowachstum von rund 315 Millionen Mark

zu verzeichnen ist. Am 1. Oktober 1930 betrug die gesamten Bürgschaften des Reichs 684 Millionen Mark, und von diesem Betrag sind bis zum 31. März 1932 425,6 Millionen erloschen. In der gleichen Zeit sind aber für rund 1,7 Milliarden Mark Garantieverpflichtungen vom Reich neu übernommen worden. Der Wohlfahrtsstaat hat also für das Bankkapital, für Industrie und Landwirtschaft nicht schlecht geforgt.

Besonders interessant ist die Entwicklung der Bürgschaften des Reichs zwischen dem 1. Oktober 1931 und dem 31. März 1932. In dieser Zeit sind die Bürgschaften

für die Landwirtschaft

von 93,3 auf 268,8 Millionen gestiegen. 113,6 Millionen Mark von diesem Betrag entfallen allein auf Osthilfskredite. Weitere 15 Millionen haben für Roggenstützungsläufe und Weizenanbau Verwendung gefunden. Außerdem haben sich die Bürgschaften für Düngemittelkredite von 0,4 auf 57,3 Millionen Mark erhöht. Die Bürgschaften

für Handel und Gewerbe

betragen am 31. März 1932 689,2 Millionen, das sind 41,6 Millionen Mark weniger, als am 1. Oktober 1931. Der Rückgang ist hauptsächlich auf eine Verminderung der Bürgschaftlasten des Reichs im Außenhandelsgeschäft und hier besonders im Außenhandel während des Winters 1931/32 zurückzuführen. Die Bürgschaften im Schiffahrts- und Verkehrswesen haben sich bis zum 31. März 1932 um 24 Millionen auf 75,7 Millionen Mark erhöht. Diese 24 Millionen entfallen auf die Reedereien, die bekanntlich auch nach dem 31. März 1932 noch einmal eine sehr erhebliche Bürgschaft von der Reichsregierung erhalten haben.

Der stärkste Rückgang der Bürgschaften hat bezeichnenderweise im Wohnungs- und Siedlungswesen stattgefunden.

wo am 31. März 1932 nur noch 175,9 Millionen Mark Bürgschaften bestanden gegen 229,9 Millionen Mark am 1. Oktober 1931.

Bei den Banken, für die das Reich am 1. Oktober 1931 für etwa 547,2 Millionen Mark Bürgschaftsverpflichtungen laufen hatte, haben sich diese Verpflichtungen des Reichs auf etwa 748,5 Millionen Mark erhöht. Genaue Zahlen gibt es nicht, weil eine Ausfallbürgschaft des Reichs für die Darmstädter und Nationalbank offiziell nur „nach roher Schätzung“ mit rund 400 Millionen Mark bewertet wird.

Die Entwicklung der Bankensubventionen und der Bürgschaften des Reichs für Banken ist als Illustration zu dem Wort vom Wohlfahrtsstaat besonders treffend. Nach dem Stand von Anfang April 1932 hat das Reich durch Beteiligung, Kredite, Bürgschaften und sonstige Zuschüsse

folgende Beträge im deutschen Bankwesen investiert:

	in Millionen Mark insgesamt	davon Bürgschaften
Dresdner Bank, Dornstädter und Nationalbank und Deutsche Orientbank	984,5	407,7
Norddeutsche Kreditbank (früher J. F. Schröder, Bremen)	138	88
Garantie- und Akzeptbank	83	66
Commerz- und Privatbank	71,2	—
Landesbank für die Rheinprovinz	64,0	—
Allgemeine Deutsche Creditanstalt	16	—
Deutsche Girozentrale	100	100
Berliner Bank für Handel und Grundbesitz	21	21
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	47,6	47,6
Verschiedene Banken	18,7	18,7
Zusammen	1550,0	749,0

Die Beteiligungen des Reichs, die es als Gegenleistung für diesen enormen Zuschußbetrag bei den verschiedenen Bankinstituten erhalten hat, belaufen sich insgesamt auf nur 234 Millionen Mark, von denen aber allein 68 Millionen Mark auf die Garantie- und Akzeptbank entfallen, die nicht zu den bereits vor der Krise bestehenden Privatbanken gehört.

Garantien von fast 2 Milliarden Mark bedeuten für die Finanzen des Reichs und für die Reichskasse eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Zu einer Zeit, in der die Reichsbürgschaften wesentlich niedriger, die finanziellen Möglichkeiten des Reichs aber unvergleichlich besser waren als heute, ist schon auf Antrag der Sozialdemokratie ein Rücklagefonds für das erhebliche Risiko gebildet worden, das mit der Übernahme der Bürgschaften verbunden ist. Tatsächlich hat sich der Rücklagefonds als sehr nützlich erwiesen. 80 Millionen Mark Ausfälle bei Reichsbürgschaften sind insgesamt bereits abgedeckt worden. Für das Jahr 1932 ist die Erhöhung des Risikofonds auf 20 Millionen Mark vorgesehen. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob dieser Betrag auch nur annähernd zur Abdeckung etwa entstehender Verluste ausreichen wird. Denn neben den rund 2 Milliarden bereits übernommenen Bürgschaften hat das Reich aus früheren Jahren noch die Ermächtigung, für weitere 1,7 Milliarden Mark Bürgschaften zu übernehmen. Offiziell wird zwar erklärt, daß „jetzt geprüft werden müsse, welche von diesen Ermächtigungen nunmehr für erledigt erklärt werden könne“, aber solange diese Prüfung nicht abgeschlossen ist, bestehen noch ungeahnte Möglichkeiten für die Reichsregierung, weiter klaffende Beilegen für die Berechtigung ihres Wortes vom Wohlfahrtsstaat zu liefern.

Die direkten Barsubventionen des Reichs/in Form von Darlehen

an private Unternehmungen, die man schon oft hat in den Schorsteinen schreiben müssen, sind zwischen dem Oktober 1931 und dem März 1932 von 856,5 auf 889,5 Millionen Mark gestiegen. Von der Erhöhung entfallen auf Wohnungsjürge und Siedlung 13,4 Millionen, auf Landwirtschaft und Ernährung 11,1 Millionen und auf Verkehrswesen 5 Millionen Mark. Es unterliegt keinem Zweifel, daß zahlreiche dieser Reichsdarlehen kaum jemals zurückgezahlt werden dürften. Wenn man daher prüft, welche Garantieverpflichtungen noch aufrechterhalten werden sollen, wird man zweckmäßigerweise gleichzeitig die Schulden des Reichs einmal genau ansehen. Es wäre nämlich ehrlicher, den größten Teil der Reichsdarlehen so zu nennen, wie sie wirklich heißen müssen, nämlich verlorene Zuschüsse.

Auch bei dieser Gelegenheit wird die Reichsregierung feststellen können, daß den größten Nutzen vom Wohlfahrtsstaat nicht die Arbeiter und Angestellten haben, die für ihre Beiträge zur Sozialversicherung versicherungsmäßige Leistungen verlangen, wenn sie in Not kommen, sondern die Interessenten aus Industrie, Handel, Landwirtschaft und Bankwesen, die den Staat im Falle einer Wirtschaftsdepression als bequeme Subventionsquelle anzapfen.

Reichsvertreter bei der Schiffahrt.

Generalversammlung des Nordflod.

In Bremen fand gestern die Generalversammlung des Norddeutschen Flod statt, die die vorgeschlagene Sanierung debattenlos genehmigte, was angesichts des großen Entgegenkommens des Reichs nicht weiter verwunderlich ist. Der Vorsitzende, Präsident Heintken, wies darauf hin, daß zur Zeit 31 Prozent der deutschen Flotte und 25 Prozent der Flotte des Nordflod aufgelöst seien. Die Durchführung des Abwrackprogramms sei unbedingt notwendig.

Der neue Aufsichtsrat, der auch zugleich der der Hapag ist, besteht aus 28 Mitgliedern. Davon sind 8 Vertreter der bremischen, 8 Vertreter der hamburgischen, 8 Vertreter der sonstigen Wirtschaft, so daß nur vier Plätze für Beauftragte der Reichsregierung übrigbleiben. Es sind dies: Staatssekretär a. D. Bergmann; Staatsminister a. D. Dr. Derburg; Dr. Otto Fischer (Reichsdarlehensanstalt) und Reichsminister a. D. von Guérard. Hier, wie in allen ähnlichen Fällen, ist also das Reich durchaus ungenügend vertreten, obwohl die Schiffahrts-Verwaltungen ganz offenbar mit weiteren Subventionen rechnen. Wir wollen wenigstens hoffen, daß die Stimmen der Reichsvertreter im Aufsichtsrat entscheidendes Gewicht haben, und daß diese Herren in den wichtigsten Arbeitsausschüssen (Finanzausschuß) die Führung haben.

Günstiger Tieg-Abschluß.

6 Proz. Dividende. — Umsatz mengenmäßig nicht gesunken.

Geschäftsbericht und Bilanz für das Geschäftsjahr 1931 (1. Februar 1931 bis 31. Januar 1932) der Leonhard Tieg A. G., Köln, zeigen ein verhältnismäßig so günstiges Bild, wie man es nach dem allgemeinen Umsatzrückgang und nach Bekanntwerden der Schwierigkeiten bei dem Frankfurter Warenhaus Bronker nicht erwarten konnte.

Bei Leonhard Tieg ist der Umsatz von 205,6 Mill. Mark im Jahre 1930 auf 178,6 Mill. Mark im Jahre 1931, also um nicht ganz 13 Proz. zurückgegangen. Da man für

die gleiche Zeit mit einem Preisrückgang von etwa 12 Proz. rechnen muß, ist also mengenmäßig der Umsatz fast gehalten worden. Uebrigens ist der Umsatz in den großen Warenhäusern nach Feststellungen des Warenhausverbandes wertmäßig um fast 20 Proz. gesunken, so daß Tieg in dieser Gruppe besonders gut dasteht.

Der Rohgewinn ist nur wenig, von 64,0 auf 62,2 Mill. Mark zurückgegangen, dem eine Ermäßigung der Unkosten um 1,1 Mill. Mark gegenübersteht. Da die Steuern und die Zinsen um je 0,4 Mill. stiegen und die Abschreibungen von 2,8 auf 3,5 Mill. Mark erhöht wurden, ging der Reingewinn von 3,6 auf 2,3 Mill. Mark zurück. Es wird eine Dividende von 6 Proz. gezahlt.

Durch Einzug von eigenen Aktien im Betrage von 6 Mill. Mark wird das Kapital von 37,0 auf 31,0 Mill. Mark herabgesetzt.

Die Bezüge des Vorstandes werden mit 898 510 Mark angegeben, das sind je Kopf durchschnittlich 100 000 Mark! Sie werden sich im laufenden Jahre ermäßigen. Im übrigen scheint die Tieg-Verwaltung die Roterordnungsbestimmungen nicht genau gelesen zu haben: sie legt als Aufsichtsratsbezüge im abgelaufenen Jahr die — noch nicht beschlossene und gezahlte! — Tantieme für 1931 (70 000 M.) ein, während die Tantieme für 1930 (165 000 M.) auszuweisen war.

Beschäftigt waren am 31. Januar 14 752 Angestellte und Arbeiter, das sind 6 Proz. weniger als im Vorjahr, trotz des mengenmäßig gehaltenen Umsatzes.

Abschluß der Gagfah.

Bautätigkeit im Jahre 1931 auf ein Viertel zurückgegangen.

Von der Drofflung der Wohnungsbautätigkeit ist im Jahre 1931 auch die Gemeinnützige A. G. für Angestelltenheimstätten, Berlin, betroffen worden. An der Gagfah, die die Finanzierung von Wohnungsbauten und die Verwaltung der fertiggestellten Wohnungen betreibt, sind neben öffentlichen Instituten die Angestelltenverbände jeder Richtung beteiligt. Bis Ende 1931 hat die Gagfah in ganz Deutschland 462 Siedlungen mit 28 283 Wohnungen hergestellt.

Im Jahre 1931 konnte der Bau von nur 1543 Wohnungen begonnen werden, während es im Jahre zuvor noch 6157 Wohnungen waren. Die Verbindung der Gagfah mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hätte die Beschaffung erschwerter Hypotheken für ein großes Bauprogramm ermöglicht, aber die Drofflung der öffentlichen Mittel für die nachstelligen Hypotheken machte solche Pläne unmöglich. Da in das Jahr 1931 eine Anzahl begonnener Bauten aus dem Jahre 1930 übernommen waren, stellte sich die Zahl der im Jahre 1931 fertiggestellten Wohnungen auf 6000, während 1304 Wohnungen erst im laufenden Jahre fertig werden. Ueber ein geplantes neues Bauprogramm werden keine Zifferangaben gemacht.

Personalabbau und Gehaltskürzungen bei ihren Mietern wirken natürlich auf die Gagfah weiter. Bei ihr und ihren Tochtergesellschaften waren Ende des Jahres 2,4 Proz. des Mietesolls oder 0,28 Mill. M. rückständig. Davon wurden 68 000 M. als Berluf ausgebucht. Auch die Zinsrückstände der Eigenheimbesitzer wuchsen allmählich an.

In der Bilanz erscheint der vermietete Hausbesitz mit 96,0 Mill. M., fertige Siedlungen machen 19,3 Mill. M., im Bau befindliche Siedlungen 61,7 Mill. M. aus. Das sind zusammen 177,0 Mill. M., denen Hypothekenschulden von 155,4 Mill. M. und Zwischenkredite von 21,3 Mill. M. gegenüberstehen. Auf den vermieteten Hausbesitz wurden 1,4 Mill. M. (also etwa 1,5 Proz.) abgeschrieben; dazu mußte allerdings das Heimzug-Rückstellungskonto von 1,1 auf 0,3 Mill. M. ermäßigt werden. Das Geschäftsjahr 1931 schließt mit einem kleinen Verlust von 16 000 M., durch den sich der Gewinnvortrag auf 37 000 M. ermäßigt. Das 6-Mill.-M.-Kapital bleibt daher ohne Dividende (im Vorjahr 5 Proz.).

Die Bewag berichtet.

Rückgang des Stromabsatzes / Tariffentung für elektrische Küchen.

In der gestrigen Generalversammlung der Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges. (Bewag) wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 1931 genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Das Aktienkapital der Bewag von 15 Millionen ging 1931 auf die neugegründete Berliner Kraft- und Licht A. G. über, wodurch auch die Voraussetzungen für das Steuer-Privileg wegfielen. Dies erklärt die erhebliche Steigerung des Postens Steuern in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Im Geschäftsjahr 1931 wurden von der Bewag 1213,5 Mill. Kilowattstunden (1930: 1290,6 Mill.) verkauft. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahre um rund 6 Proz. liegt unter dem für die Gesamtheit der deutschen Elektrizitätswerke festgestellten Durchschnitt. Der Absatzrückgang beträgt bei den Hochspannungsabnehmern 9,5 Proz., bei den Niederspannungsabnehmern rund 7 Proz. Verhältnismäßig konstant ist die Abgabe von Strom an die Berliner S-Bahn und an die BVG, geblieben. Bei der BVG hat jedoch eine Ablagerung der Stromabgabe von der Straßenbahn auf die U-Bahn stattgefunden.

Die Bewag-Kraftwerke erzeugten 947,3 Mill. Kilowattstunden (1930: 1056,4 Mill.). An Fremdstrom wurden bezogen 476,3 Mill. Kilowattstunden (1930: 441,0 Mill.).

Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse stieg im Berichtsjahr die Zahl der eingebauten Zähler um rund 72 000 auf 1 021 327. Da auch heute noch ein erheblicher Prozentsatz der Berliner Wohnungen ohne elektrischen Anschluß ist, wird auch im kommenden Jahre mit einer, wenn auch verminderten, weiteren Zunahme der Abnehmerzahl zu rechnen sein.

Das Elektrizitäts-Teilzahlungsgehalt hat 101 000 Finanzierungsanträge gegen 134 000 im Vorjahr bearbeitet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Netto-Ueberschuß von 51,6 Mill. M. ab. Dieser Betrag wird seltenergemäß an die Aktionäre, die Berliner Kraft- und Licht-Aktiengesellschaft, ausgeschüttet, die daraus die Abschreibungen für die von der Bewag gepachteten Betriebsanlagen und die Umsatzsteuer auf die Umsätze der Bewag zu bestreiten hat. Der verbleibende Rest wird nach Deduktion der Kosten für die Gewinnverteilung und die Konzessionsabgabe an die Stadt Berlin vermandt.

Das Ergebnis der bisher abgerechneten Monate des neuen Jahres liegt etwa 12,5 Proz. unter dem des Jahres 1931. Um die Anwendung der Elektrizität zu Wärmegewinnen zu erreichen,

wurde in der gemeinsamen Aufsichtsratsitzung der Bewag und der BAW beschlossen, den Strompreis des Tarifes für die Belieferung von Elektroflächen in Haushaltungen von 10 auf 8 Pf. je Kilowattstunde zu ermäßigen.

Neue Ruhrgasenttäuschung.

7,3 Millionen Gesamtverluste.

Das Jahr 1931 hat für die Ruhrgas A. G., die einst zur Eroberung Deutschlands für die Zechenfernverföderung ausgezogen ist, neue Enttäuschungen gebracht. Die Wirtschaftskrise ist ein übriges, um die Folgen des Fehlgedankens noch peinlicher zu machen.

Der Ausbau des Leitungsnetzes wird jetzt als abgeschlossen erklärt. Die Hoffnungen, im Süden nach Hessen und im Osten über die Elbe vorzudringen, sind also endgültig begraben. Das Leitungsnetz wurde noch um 130 auf 933 Kilometer erweitert. Der Absatz ist aber nur von 718 auf 706 Millionen Kubikmeter gestiegen, das heißt um rund 11 Proz. während im Jahre 1930 die Absatzsteigerung noch 70 Proz. betrug. Der Vorschlag für 1931 mit rund 900 Millionen Kubikmeter ist nicht entfernt erreicht, ganz zu schweigen von der früheren Hoffnung, im Jahre 1931 eine Milliarde Kubikmeter abzusetzen.

Ebenso wenig erfreulich ist das finanzielle Ergebnis. Am Abgang an eigentliche Verbraucher außerhalb der Konzernwerke hat sich der Ueberschuß aus dem Gasgeschäft je Kubikmeter zwar erhöht, aber die Zinskosten für die enormen Anlagekosten — der Wert der Anlagen erscheint in der Bilanz mit rund 89 Millionen Mark — und die Vermehrung der Unkosten und Steuern haben diese Ertragsbesserung fast aufgezehrt. Auch 1931 konnte nur ein relativ kleiner Teil der erforderlichen Abschreibungen verdient werden. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt einen neuen Verlust von 1,07 Millionen Mark gegenüber einem Verlust von 1,75 Millionen im Jahre 1930. Der Verlustvortrag hat sich jetzt auf 7,3 Millionen Mark erhöht.

Im Jahre 1932 haben die ersten fünf Monate nur durch die Kuffenaufräge, d. h. durch stärkere Gaslieferungen an die Konzernfirmen, keinen neuen übermäßigen Absatzrückgang gebracht. Es wurden 318 Millionen Kubikmeter gegen 327 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres abgesetzt.

Die Terrakostler

Groleske / Von Kurt Schmeltzer

Der Chemiker Dr. Hofus saß in seinem Laboratorium und argerte sich. Er hatte seine Günde dazu: sein Haarfärbemittel ging nicht mehr, denn man trug jetzt Naturfarben; sein Insektenentwicklungsmittel war bei den Damen tabu — man bevorzugte jetzt schlank; selbst sein Brillennetz, das ihn noch in jedem Sommer herausgerissen hatte, fand in diesem keinen Anklang, man legte sich lieber in die Sonne und ließ sich braun brennen, denn das kostete nichts, und Zeit hatten ja alle Leute.

„Die Welt ist ganz verrückt geworden“, brummte Dr. Hofus verdrießlich vor sich hin. „Ich werde angeln gehen, das beruhigt die Nerven!“

Er nahm sein Angelzeug aus dem Schrank und den Spaten aus der Gerätekammer, um im Vorgarten nach ein paar Regenwürmern zu graben. Es hatte kürzlich geregnet, die Erde war noch ganz braun und glänzend; bei dem ersten Spatenstich wimmelte es bereits von den begehrten Kädern. Dr. Hofus wollte schon beginnen, die glatten Würmer in seine Blechbüchse zu sammeln, als er sich plötzlich an den Kopf schlug, die Büchse mit gewöhnlicher Erde vollstopfte und spornstreichs damit in sein Laboratorium rannte. Dann begann er zu destillieren, zu filtrieren, zu stampfen, zu mischen, zu schütteln, schließlich zu schwenken und — ein behagliches Schmunzeln troch über sein Gesicht. Er arbeitete noch eine ganze Weile weiter, still und geschäftig, bis der Abend kam.

Am Stammtisch im Restaurant „Zur bunten Ruh“ saßen bereits der Arzt Dr. Potus und der Reklamefachmann Fibibus. Das Bier wollte ihnen nicht schmecken, die Zigarre auch nicht recht; sie litten an der gleichen Krankheit wie alle — die Geschäfte gingen nicht.

„Da kommt Hofus“, sagte plötzlich Fibibus. „Kann man mir das Klagebild im Trio weiterfingern?“

Aber Dr. Hofus strahlte übers ganze Gesicht, als er seine Freunde begrüßte.

„Was grinst du denn so, Hofus?“ fragte Dr. Potus. „Hast du das große Los gewonnen?“

„Bleibst du“, antwortete Dr. Hofus. Er sagte geheimnisvoll in seine Tasche, zog ein sorgfältig in Papier gewickeltes Päckchen heraus und ließ vom Kellner ein Glas Wasser bringen. Die beiden anderen guckten gespannt zu, als Dr. Hofus nun ein Stück des geheimnisvollen Inhalts abbrach, ins Wasser tat und umrührte.

„Was habe ich drin?“ fragte er.

„Dreadwaller!“ jagte Fibibus unverfroren.

Dr. Hofus schüttelte nur den Kopf: „Was weiß ich?“

„Kostet mal!“ sagte Dr. Hofus.

Die beiden tranken, sahen sich an. „hm!“ äußerte Dr. Potus, und „gar nicht so übel!“ Fibibus.

„Kann bitte, kostet das mal“, sagte Dr. Hofus und holte ein anderes Päckchen aus der Tasche, dessen Inhalt wie Schokolade aussah.

„Bisshen viel Sand in der Schokolade“, meinte Fibibus und knirschte mit den Zähnen. Aber Dr. Hofus machte wieder nur „hm!“, und das war immerhin schon ein Zeichen von Anerkennung, denn er war eine zugeknöpfte Natur.

„Daß ihr mir nicht vor Sonne um den Hals fällt“, fing jetzt Dr. Hofus wieder an, „macht nur eure Unkenntnis. Was ihr hier vor euch habt, ist die größte Entdeckung dieses Jahrhunderts. Ich nenne sie die Terrakost.“

„Terrakost? Komisch!“ sagte Fibibus. „Klingt ja wie Terrarium.“

„hängt auch damit zusammen, Fibibus. Menschensfinder, begreift ihr denn nicht, ich habe heute entdeckt, daß man Erde essen kann.“

„Ist ein Indianerstamm in Nordamerika schon lange, wenn's sonst nichts anderes gibt“, bemerkte Dr. Potus.

Fibibus wurde jetzt aufmerksam. „Ist das wahr, Potus? Das ist ja die herrlichste Reklamemöglichkeit von der Welt! Indianerstamm kennt schon längst die wunderbare Heil- und Ernährungskraft der Erde! Hofus! Mensch! Ich begreife! Wir begründen die Terrakostler, eine neue Jungt Fanatiker! Mensch, das bringt Geld! Geld! Geld! Und wir drei vereinigen uns zur Terrakost G. m. b. H. Dr. Hofus, Dr. Potus und Fibibus! Herrlich! Herrlich!“

„Koch eins“, meinte Dr. Hofus. „Ich habe in der Erde das Terramin entdeckt, eine Substanz, wenn ich so sagen darf, von unerhörte körpertätigenden Wirkungen. Wahrscheinlich ist es der Stoff, auf den sich jegliches Wachstum aufbaut. Potus, du mußt die Sache an deinen Patienten ausprobieren und ein Gutachten schreiben.“

Sie sahen noch lange beisammen und debattierten mit heißen Köpfen. Hofus mußte immer neue Terraminimonade mischen und den Sand in der Terrakostfahne bemerken sie kaum noch.

Dr. Hofus hatte nicht zuviel prophezeit. Einesteils kosteten die neuen Terranahrungsmittel nur einen Bruchteil der sonstigen pflanzlichen und tierischen Produkte, andererseits fielen die Gutachten des Dr. Hofus glänzend aus, und nicht zum wenigsten war Fibibus ein so hervorragender Propagandachef, daß die Anhängerschaft der Terrakostler, wie sie sich wirklich nannten, von Tag zu Tag wuchs. Le'ondere Terrakostgeschäfte wurden in allen Stadtteilen eingerichtet, die Warenhäuser gliederten besondere Terrakostabteilungen an, Terrakostspeisehäuser, die die raffiniertesten Terrakostplatten zusammenzufügen verstanden, errichteten in allen Straßen, besonders aber in den vornehmeren Stadtteilen.

Wie es in Deutschland nicht anders zu erwarten ist, gab's natürlich bald Spitterkoster, wenn ich mich so ausdrücken darf: da sonderten sich die reinen Tonkostler ab, die Lehmkostler, die humuskostler, die Riesenschlucker, und sie machten Dr. Hofus für eine besondere Diät oft Kopfschmerzen genug.

Einige ganz Konsequente waren sogar schon so weit gegangen, in Erdhöhlen zu leben und an den Wänden zu knabbern, während sie ausschließlich garantiert reine Aesbestfütterung trugen. Aber das führte doch am Ende zu weit, meinten die Gemäßigteren. Aber auch die Konsequenter fanden täglich neue Anhänger.

Widerlicher und Spötter fanden sich freilich auch die Menge, und in Wort und Bild wurden die „Dreckfresser“ durch den Kakao gezogen. Aber da sollte man Fibibus hören, wenn er von Mutter Erde, unser aller Erhalterin loslegte! Sagte nicht in der Bibel schon Gott zur Schlange: Auf dem Bauche sollst du kriechen und Erde essen dein Vebelang! Das war freilich ein Fluch gewesen. Aber wie hatte der Fluch sich bemährt! Man sollte nur einmal in die Tropen gehen: das zahlreichste Völkchen seien die Schlangen. Ist es nicht eine Schande und eines Menschen unwürdig, Fleisch toter Tiere und toter Pflanzen, die ja nicht weniger Lebewesen sind, zu verschlingen? In allen ist der göttliche Funke, und ihr irrt ihr auf! Nein, die Erde selbst, die alle erhält, soll auch uns erhalten! Hier, probieren Sie die Nahrungsmittel aus dem Terrakostinstitut Dr. Hofus, Dr. Potus und Fibibus. Probieren

Sie und beachten Sie die Preise, dann sind Sie Anhänger unserer wahrhaft kulturreichen Bestrebungen!

So sprach er und ließ sich nicht ins Bodshorn jagen. Und die Terrakost G. m. b. H. Dr. Hofus, Dr. Potus und Fibibus florierete mit jedem Tag besser.

Die drei Gründer saßen wieder einmal an ihrem Stammtisch in der „Bunten Ruh“ und freuten sich am Blühen ihres Unternehmens. Dieser Gott, ein Glas Bier und eine Zigarre waren ihnen dabei zu gönnen, obgleich die auch von pflanzlichen Stoffen herrühren. Sie saßen an ihrem Stammtisch ja auch ziemlich gedeckt.

„Eigentlich komisch, wie die Zusammenhänge spielen“, sagte Dr. Hofus gedankemoll. „Wäre mirs damals nicht so schlecht gegangen, daß ich angeln wollte, um meine Nerven zu beruhigen, wäre ich wohl kaum auf die Regenwürmer gekommen.“

Die Wahlkanone

Eine ländliche Geschichte / Von C. P. Kiesgen

Im Dorfe nannten sie ihn den Verrückten. Ein Granatsplitter hatte sein rechtes Auge zerfetzt und Chirurgen hatten jahrelang an seinem Schädel herumgehämmert und gebohrt, bis er auf einem Auge blind und als Hundertprozentiger entlassen wurde.

Er wußte, daß man mit Fingern auf ihn zeigte. Wurde ihm der Spott zuviel, rief er mit geballter Faust zurück: „Es ist noch nicht aller Tage Abend!“

Man sah ihn stundenlang am Wege sitzen, das eine Auge angeknirscht über eine Zeitung geöffnet, die nur die kleinen Bauern im Dorfe lasen.

Einige Wochen vor der Wahl lief bei der Post ein Paket an Hinrichs Adresse ein.

Als er ging, die Sendung in Empfang zu nehmen, spottete der Bürgermeister, der mit einer Gruppe dicker Landjunker auf dem Markte stand: „He, Hinrichs, schickt das der Onkel aus Amerika? Fällt davon nichts für uns ab?“

„Davon sollt ihr beizeiten genug bekommen!“ rief Lucien gleichmütig zurück.

Brüllendes Gelächter schallte hinter ihm her.

Am anderen Morgen, beim ersten Hahnenstreich, klebten an allen Türen und Türen der Ställe und Scheunen, der Herrenhäuser und Katen leuchtende Plakate mit breiten Lettern:

„AUF ZUR WAHL!“

Jeder Telegraphenmast, jeder Kilometerstein ins Dorf hinein und hinaus bis in die umliegenden Dörfer riefen auf zur Wahl. An allen Brunnen, sogar an den alten Bänken vor der Bürgermeisterei leuchteten die Wahlsprüche. Überall im Dorfe standen und saßen die Handarbeiter die Plakate. Die Anechte blieben vor der Stalltür stehen, ehe sie die Pferde schirrten und die Mädchen stellten ihre Melkimer nieder, um begierig zu studieren.

Aufgeregt rannte der Bürgermeister hin und her.

„Was tun? Was tun?“

Um die Mittagszeit preschten sämtliche Einspanner der Herren Junker aus der Umgegend hin zur Bürgermeisterei.

Der Krugwirt bekam alle Hände voll zu tun.

Bis Rittersnacht saßen Bürgermeister und Junker hinter verschlossenen Türen und heratschlagten.

„Da kann nur eines helfen und das wird Furare machen!“, wisperte der magere Apotheker seine Schlaueit dem Grafen Speck schnuffel ins Ohr.

„Famos! — Fomps!“ schrien und brüllten die Herren, als der Apotheker sein Geheimnis in Vorschlag brachte.

Am Sonntag vor der Wahl kam auf der nahegelegenen Eisenbahnstation ein erobertes Geschütz, eine Kanone, eine sogenannte Kriegströppe an. Sämtliche hauswirtschaflichen Vereine des Kreises waren mit ihren Fahnen und Führern aufgeboden, das Siegeszeichen mit Trommeln und Trompeten in das Dorf zu bringen.

Der Bürgermeister schlachtete das schwerste Schwein. Der Bauernbund spendierte einen fetten Bullen. Der Apotheker gab zweihundert Liter Wein. Der Krugwirt baute Zelte auf dem Markte. Hüllerschüsse verkündeten die Einfahrt der Kanone in das Dorf.

Die Junker mit Käppis im Specknaden trählten wie die Hähne über den Marktplatz. Sie sprangen wie tollende Puter um das Geschütz, das auf seinen morschen Rädern wie eine Drehorgel über

„Wie? Regenwürmer?“ fragte Fibibus.

„Nun, ich brauchte Regenwürmer als Angelköder, und beim Sammeln fiel mir plötzlich ein, daß die Vießer ja von Erde leben und sich glänzend dabei fühlen. Und daraus kam dann wie ein Blitz die Terrakostidee.“

Fibibus staunte.

„Keiner Irrtum!“ warf Dr. Potus ein. „Die Regenwürmer fressen vermoderte Pflanzenteile und erzeugen Humus wie alle Lebewesen mehr oder weniger.“

Jetzt staunte Dr. Hofus. „Ist das wahr?“

„Klar“, entgegnete Dr. Potus. „Kein Tier lebt von Erde, nur die Pflanzen zerlegen sie und bauen sich daraus auf.“

„Na egal“, sagte Fibibus gelangweilt. „Hauptsache, unser Geschütz geht. Ober, bringen Sie mal die Speisefarte!“

„Die Terrakostfarte?“ fragte der Ober eifrig. „Lorrmußstrudel mit Rieselschinken heute besonders zu empfehlen!“

„Hui Deibel!“ brummte Fibibus vor sich hin und sah den Ober von der Seite an. „Können Sie den Schnabel halten? ... Dreimal Gänsebraten mit Rotkraut und Brotartoffeln. — Die Herren sind doch einverstanden?“

Die Herren waren es.

das Pfaster holperte. Vor der Bürgermeisterei starrte das verrostete Riesenmaul in den blauen Himmel.

Als die Reihe der Redner auschwabroniert hatte und die Herren zum Imbiß in der Bürgermeisterei verschwanden, sprang Hinrichs vor das Geschütz. Die Adern quollen ihm um Stirn und Hals, und in der Sprache und Gebärde der Bauern zeigte er auf seine leere Augenhöhle und auf das Geschütz:

„Vollgenossen! Das hier ist das Nordwerkzeug, das mir das Auge aus dem Schädel riß! Alle Kriege, die entstanden und entstehen, sind die Schandtat und das Verbrechen jener, die befehlen, in diesem Zeichen zu wählen! Mit meinem ausgerissenen Auge und mit eurem Schweiß und Blut wollen sie weiter Kanonen und Kriegsgewinne erobert! Um unserer Kinder willen verhindert und erwürgt die Lüge, die ewig unser Elend will! Weht hin zur Wahl, indem ihr jene niederstimmt, die euch befehlen, im Zeichen des Brudermordes zu wählen! Nieder mit jenen, die diese Kanone in das Dorf gebracht! Daß ihr es wißt, sie laden mit Wein und Braten! Hier trinkt und ißt sich jeder sein Gericht! In diesem Augenblick gibt es für uns nur einen Ruf: Nieder mit den Kriegsherrn!“

Ein Für und Wider bewegte die Menge auf dem Plage. Aber der Keil war zu spüren, den Hinrichs in die Bevölkerung hineintrief. Ein großer Teil der Dorfbewohner zeigte Hinrichs offene Sympathie und ging nach Haus.

Das Wahllokal des Kreises war die Bürgermeisterei. Mit Absicht hatte man die Kanone dort aufgestellt. Drei Tage vor der Wahl glänzte das eroberte Geschütz im frischen Lackanstrich.

Hinrichs rannte Tag und Nacht von Haus zu Haus, dorfsaus bis zur entlegensten Kate. Am Tage vor der Wahl lagen frühmorgens neue Flugblätter auf allen Tischen in den Gaststuben. Unter jede Tür, hinter jede Fensterröhre war sorgsam ein Blatt geschoben. So verschaffte sich Hinrichs das letzte Wort.

Die Herren waren ihrer Sache sicher. Sie machten sich über die Lauferei des Verrückten lustig.

Ihre Wahlkanone war zu gut placiert.

„Morgen ist Wahl!“ riefen lachend die Handarbeiter Hinrichs zu, als sie am Abend in das Dorf heimkehrten.

„Ein Wetter zieht auf!“ zwinkerte Hinrichs den Arbeitern zu und zeigte auf den Himmel, der die Sonne in Schwefelwolken erstickte.

Die stehende Hitze des Tages wurde zur schwülen, drückenden Nacht. An Stelle der Sterne loderten feuerschleudernde Blitze über die Höhen. Weißende Donnerschläge zerrissen die Atmosphäre. Fenster und Türen lagen unter Schloß und Riegel. Kein Hund wagte sich aus seiner Hütte. Im strömenden Regen schlich sich Hinrichs die Lindenreihe am Markte entlang hin zum Geschütz. Er schob die Steine von den Rädern der Kanone weg, hob den Lafettenschwanz, schwenkte ihn hin und her und rollte das Geschütz die Dorfstraße hinab dem Steinbruch zu. Dann, wenige Schritte vor dem Ziel ließ er sie los, daß sie frachend den steilen Hang hinunterstürzte und im tiefen Teich des Steinbruchs aufschäumend verankert.

Der Sonntag brachte schönes Wetter und einen Abgeordneten, der für eroberte Kanonen kein Interesse hat.

Marie Therese: Ein guter Rat

Als ich neulich in Kegypten war, habe ich wirklich etwas ganz Ungewöhnliches gesehen. Also die Sache war zum Schießen. Tatsächlich zum Kugeln. Ich kann mich heute noch nicht beruhigen.

Ich starrte hin. Ich ging näher. Ich ging drum rum. Ich machte Schlagaugen. Ich ließ den Mund offen stehen. Ich war einfach daff. Was war das? Was hatte das Kind auf dem Kopf?

Es war in einem Stadteil von Kairo, in den der Fremde nur unzeitig hinkommt. Seht man sich in eine verkehrte Elektrische, steigt an der verkehrten Haltestelle aus und geht in der verkehrten Richtung weiter, dann kommt man hin. Erst gibt es nichts als Mauern; dann kommt eine Unmenge Eiselmist. Dem geht man nach. Dann geht man immer richtig, kommt irgendwo hin, wo etwas los ist. Zu irgendeinem Ziel. Nun kam plötzlich ein Platz mit parkenden Eseln und Kamelen, und dann, ein ganz großer Platz voll Staub und Müll, daß Arabern, Eseln, Kamelen, Schafen, Fliegen, Körben, Säcken, Hähnern, Hunden, Weibern, Kindern, Bündeln, Krügen . . . die hatten sich hier niedergelassen, häuslich eingerichtet. Dieser Platz war ihr Heim. Ihre vier Wände.

Kinder in Lumpen. Ober gleich ganz ohne. Alles kugelt übereinander, aufeinander, untereinander, durcheinander. Und da war der kleine Junge, der etwas abseits stand, bei ein paar Ziegen. Ziegen, wie es sie nur dort unten gibt, mit solch riesigen Eutern, daß die Sache schon beinahe unanständig wird. Dahin hatte ich geschaut — und dann sah ich auf einmal auf den Kopf des Jungen . . .

Nein, also wirklich, was ist das, was hat der da auf dem Kopf? Ein ganzer Turmbau, fast so groß wie der halbe Knirps. Ein richtiges, leibhaftiges, lebendiges Huhn — mit Lumpen fest umwickelt,

so daß es sich wie in einem Startkrampf befindet —, war dem Jungen auf den Kopf gelegt und kunstgerecht darauf festgebunden worden. Nur der würgende Hals und die Krallen des Huhnes bewegten sich ein bißchen, und die Augen blinzelten. Und dann spielte der Junge wieder mit den andern, niemand schien an ihm etwas Sehenswertes zu sehen außer mir.

Was war das mit dem Huhn? Ein Araber, der etwas französisch konnte, erklärte es mir. Es gibt in Kegypten eine ganz niederträchtige Hautkrankheit, eine Kopfhautentzündung — das beste Gegenmittel ist Wärme und zwar ganz genau die Temperatur einer brutwütigen Henne. Ihr mögt in Europa eine Wärmflasche nehmen, ein elektrisches Heizkissen, alles Unfuss, ohne Wirkung, Erfolg. Der Hühnerbauch als Wärmflasche ist nicht zu erfegen. Bequem, praktisch, hygienisch, sparsam im Gebrauch. Es geht nichts über erprobte, alte Hausmittel. Wenn ich also einen guten Rat geben kann . . .

Der Erfolg gibt Recht. Die Kegypter haben recht. Ich habe es beobachtet. Bei der Ankunft in Amerika werden alle Emigranten peinlichst ärztlich untersucht. Südländer mit Hautkrankheiten werden abgemiesen, Kegypter mit Kopfrankheiten werden als mit einer unheilbaren Krankheit behaftet zurückgeschickt; die amerikanische Chemie kennt kein Gegenmittel. Zu Hause in Kegypten bindet Mutter dem Heimgekehrten für ein paar Tage ein Huhn auf den Kopf, und der ganze Schaden ist geheilt. Aber das tun sie nicht in Ellis-Island, dazu sind sie einfach zu tragig.

Eines weiß ich bestimmt: sollte ich je einmal solch eine Krankheit auf dem Kopfe kriegen, ich gehe bestimmt nicht zum Arzt und bestimmt nicht in die Apotheke. Ich binde mir bestimmt ein Huhn auf den Kopf. Ueberhaupt werde ich von heute ab nie wieder eine Wärmflasche benötigen, sondern ein Huhn. Die Sache ist doch wirklich höchst plausibel.